

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 50 Reichspf. Einzelnummer 10 Reichspfennig
Redaktion: Johannisstraße 40
Telefon: 25 361—83

Einzelnummer für die angeschalteten Millimeterzelle 10 Reichspfennig, bei Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungsangelegenheiten 2 Reichspfennig. — Reklamen für angeschalt. Millimeterzelle 35 Reichspfennig
Geschäftsstelle: Johannisstraße 40
Telefon: 25 361—83

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 31

Montag, 6. Februar 1928

35. Jahrgang

Reichstagswahlen Mai oder Juni!

Berlin, 6. Februar (Radio)

In den letzten Tagen haben — wie der Abieger des Berliner Volksboten heute meldet — zwischen den maßgebenden Führern der Regierungsparteien angeblich unverbindliche Besprechungen über die Frage der Neuwahlen stattgefunden. Für den Fall, daß die Verhandlungen über das Reichshulgesetz endgültig scheitern, soll man sich aus außenpolitischen Gründen für Neuwahlen Ende Mai oder Anfang Juni ausgesprochen haben. Es ist in der Tat nach den letzten Vorgängen innerhalb der Koalition anzunehmen, daß eine Auflösung des gegenwärtigen Reichstages bald nach der Erledigung des Etats erfolgt.

Die Arbeiterrebellion im Zentrum

Böschung, 6. Februar (Radio)

Am Sonntag wurde in Hamm in Westfalen der Parteitag für die westfälische Zentrumspartei abgehalten. Reichsanwalt Marx, der das Hauptreferat halten sollte, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. In seiner Stelle sprach Prälat Dr. Schreiber. Er deutete an, daß eine Einigung in der Schulfrage nicht zustande kommen werde. Er erklärte, daß die Regierungsrichtlinien, die bei der Bildung des Bürgerbunds aufgestellt worden sind, auch für jede kommende Koalition die Regierungsgrundlage bilden würden.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Rede des Abgeordneten Imbusch. Er führte aus: „Wir haben erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei gehabt. Es handelt sich nicht um persönliche Gegensätze, es handelt sich um weitgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten. Deshalb ist die Angelegenheit nicht mit einer schönen Erklärung aus der Welt zu schaffen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, die Wähler aufzuklären und offen in der Partei zu reden. Denn schließlich sind die Wähler und nicht die Zentrale in Berlin die wichtigste Instanz. Ich stelle ausdrücklich fest: „Die Differenzen sind noch nicht erledigt. Die lassen sich nicht erledigen durch schöne Erklärungen. Dafür können die Arbeiter heute kein Pfund Brot kaufen. Meiner Auffassung nach hat die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen

Dingen manchmal falsche Auffassungen vertreten. Man hätte nicht die Forderungen der Arbeiter ablehnen sollen mit dem Hinweis darauf, daß die Wirtschaft sie nicht tragen könne, um gleichzeitig den Beamten die Besoldungsordnung zu geben. Es ist das Notwendigste, daß wir für jeden Arbeiter Arbeit und Brot schaffen. Die Partei hat die Pflicht, hier nach dem Rechten zu sehen.“

Zahlreiche Arbeitervertreter stimmten in der Diskussion Imbusch zu. Danach sprach Abgeordneter Siegerwald, der ebenfalls sehr heftig die Haltung der Partei in der Frage der Besoldungsordnung kritisierte und forderte, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung des Arbeiters gebessert werden müsse. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der sich der westfälische Parteitag einmütig auf den Boden der Entschließung stellt, die am 29. Januar in Berlin beschlossen wurde.

Der Völkerbund zieht nach Wien?

Paris, 6. Februar (Radio)

Wie der Exzeßior zu berichten weiß, sind die Verhandlungen über die evtl. Verlegung des Völkerbundes nach Genf nach Wien, die bei der letzten Tagung der Vollversammlung im September des vergangenen Jahres offiziell begonnen worden waren, bereits sehr weit vorgeschritten. Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge könne man damit rechnen, daß etwa 1/3 der Völkerbundsstaaten für die Verlegung stimmten. Es sei übrigens nur ein gewöhnlicher Mehrheitsbeschluss notwendig, da der Völkerbundsvertrag nicht Genf als Sitz bestimmt habe. Die nächste Vollversammlung werde eine Entscheidung in diesem oder jenem Sinne treffen. Die Verlegung erfolge lediglich aus praktischen Gründen. Die Schweiz habe sich dem Völkerbund gegenüber sehr wenig entgegenkommend gezeigt. Oesterreich habe aber genügende Garantien gegeben. Außerdem habe Wien als Völkerbundpalais die Hofburg angeboten, sodaß eine ausgezeichnete Unterbringung gesichert sei.

Das Ende eines Märchens

Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitslosigkeit

In den letzten Wochen sind in der Reichspresse, vor allem in den Organen des Landbundes, ungerechtfertigte Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtet worden! Man erklärte den Sprung der Arbeitslosen während des letzten Winters kurzerhand mit dem Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung. Wichtig ist, daß vor allem in den ländlichen Bezirken eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen ist. Wenn auch die amtlichen Stellen in den letzten Tagen in einer besonderen Bekanntschaft als eine Ursache für die Zunahme den Verzicht auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung bezeichnet haben, so muß demgegenüber auf Grund einer inzwischen erfolgten genaueren Nachprüfung der Ziffern daran festgehalten werden, daß in die wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstützungsleistungen der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht mit eingerechnet werden kann. Zu diesem Resultat kommt auch eine Darlegung, die soeben im Reichsarbeitsblatt (Nr. 4 vom 1. Februar 1928, nichtamtlicher Teil) veröffentlicht wird.

Aus der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß bei vorsichtiger Schätzung die Zahl der Fälle, in denen Unterstützungsleistungen mangels vorliegender Bedürftigkeit abgelehnt wurden, mit 5 Prozent der Zahl der Unterstützungsleistungsempfänger angenommen werden ist. Wenn man von der durchschnittlichen Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der bisherigen Arbeitslosenversicherung, bzw. Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 mit rund 9,9 Millionen Personen ausgeht, dann bedeutet, so wird in der Darlegung des Reichsarbeitsblattes hervorgehoben, die vorerwähnten 5 Prozent eine Zahl von 450 000 Personen, mit deren Mehraufnahme in die Versicherung zu rechnen war. Daß diese Zahl an der Jahreswende 1927/28 sich in diesem Rahmen gehalten hat, ergibt sich aus den Erhebungen. Danach sind in den 18 Landesarbeitsamtsbezirken die Zu- und Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger in Orten mit weniger und mehr als 10 000 Einwohnern zusammengestellt worden. Wenn man auch die nach der Einwohnerzahl der Gemeinden geschiedenen Unterstützungsleistungen nicht vollkommen mit den wirtschaftlichen Begriffen „Stadt“ (mehr als 10 000 Einwohner) und „Land“ (weniger als 10 000 Einwohner) identifizieren kann, so kann man doch von der Annahme ausgehen, daß in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern die Abhängigkeit von der Land-

wirtschaft vorherrschend sein wird. Während die Zahl der Ablehnungen wegen mangelnder Bedürftigkeit in den industrieabhängigen Gebieten sicherlich nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat, ist im Gegensatz dazu die Bedeutung der Bedürftigkeitsprüfung in den landwirtschaftlichen Bezirken ohne Zweifel eine weitaus größere gewesen. Wenn man in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken die Entwicklung während des Jahres 1927 betrachtet, so zeigt sich, daß sich Zunahmen von Unterstützten nur in den Landesarbeitsamtsbezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niedersachsen ergeben, während die Unterstütztenziffern mit weniger als 10 000 Einwohnern in den übrigen Landesarbeitsamtsbezirken mehr oder minder geringer sind als am 1. Januar 1927. In den sechs Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niedersachsen beträgt nun die Zunahme mit Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern insgesamt rund 48 000 Personen.

„Diese Ziffer“, so heißt es in der Darlegung des Reichsarbeitsblattes, „wird man im Höchstenfall als die ansehen dürfen, die man durch den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung als Mehrgewinn in der Arbeitslosenversicherung ansehen kann. Sie liegt somit in der Höhe der bei Vorbereitung des Gesetzes in Rechnung gestellten 5 Prozent der Unterstützungsleistungen. Man kann also in die wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstützungsleistungen den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht miteinstellen.“

Damit dürfte die Behauptung gegen die Arbeitslosenversicherung erledigt sein.

Das rote Wien

370 000 Parteimitglieder

Wien, 4. Februar (Eigenbericht)

Das sozialdemokratische Parteisekretariat veröffentlicht in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Statistik über die Mitgliederbewegung seit dem 15. Juli. Am 15. Juli hatte die Sozialdemokratische Partei 362 000 Mitglieder in Wien, seither ist die Zahl der Parteimitglieder um 24 500 gestiegen. Gegenüber dem 1. Januar 1928, wo die Partei 330 000 Mitglieder in Wien hatte, beträgt der Zuwachs 56 000.

Der Kampf um den Achttundentag

Vertrauenskreise in der internationalen Arbeitsorganisation

Die von der englischen Regierung im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf abgegebene Erklärung, daß England das Übereinkommen über den Achttundentag in seiner jetzigen Form nicht ratifizieren könne, hat nicht nur in den Kreisen der internationalen Arbeitsorganisation, sondern auch in der Öffentlichkeit, besonders bei der Arbeiterschaft, berechtigtes Aufsehen erregt.

Bisher gab sich die englische Regierung den Anschein, als suche sie Wege zur Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens. Sie hat sie die Notwendigkeit der Ratifikation an sich bestritten. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die auf englische Initiative veranstaltete Konferenz der Arbeitsminister vom 8. und 9. September 1924 in Bern in ihrem amtlichen Pressebericht erklären ließ, daß die Arbeitsminister Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens übereinstimmend die praktische Durchführung des Achttundentages auf der Grundlage des Washingtoner Übereinkommens für wünschenswert hielten. Bei Schluß der Beratungen wurde einstimmig die Auffassung bekundet, daß eine gemeinsame Ratifikation des Übereinkommens möglich sei. Leider ging trotz dieser Einstimmigkeit die Ratifikation nicht vorwärts. Da besonders die englische Regierung die Befürchtung hegte, eine nicht einheitliche Auslegung der Bestimmungen des Washingtoner Übereinkommens könne in den verschiedenen ratifizierenden Ländern eine verschiedene Anwendung des Achttundentages mit sich bringen, wurde von ihr eine neue Konferenz der Arbeitsminister der wichtigsten europäischen Industriestaaten einberufen, die vom 15. bis 19. März 1926 in London getagt und sich über die Tragweite gewisser Bestimmungen des Übereinkommens verständigt hat.

Hier sei einschaltend bemerkt, daß das Internationale Arbeitsamt eine Auslegung von Übereinkommensbestimmungen durch einzelne Regierungen nicht anerkennt. Für eine solche Auslegung ist allein der Verwaltungsgerichtshof in Haag zuständig. Trotzdem sei aus der Londoner Arbeitsministerkonferenz festgehalten, daß auch sie ein Verzicht der englischen Regierung zur Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens gewertet werden konnte, um so mehr, als noch am 2. Juni 1927 der konservative Arbeitsminister Sir Arthur Steel-Maitland im Unterhaus gegenüber einem Abgeordneten der Arbeiterpartei die von diesem aufgestellte Behauptung, die englische Regierung wolle überhaupt nicht ratifizieren, energisch bestritt.

Die jetzige Stellungnahme der englischen Regierung in Genf dürfte nicht zuletzt auf die Denkschrift der Spitzenorganisation in der englischen Industrie zurückzuführen sein, die im Juli vorigen Jahres zur Frage der Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens veröffentlicht wurde. In dieser Denkschrift lehnen die englischen Industriellen die Ratifikation des Übereinkommens entschieden ab und verlangen von der Regierung eine entsprechende Stellungnahme. Es wird besonders betont, die Regierung habe mit der Vorlegung des Übereinkommens an die gesetzgebende Körperschaft ihre im Friedensvertrag vorgeschriebene Verpflichtung erfüllt. Nachdem die Ratifikation am 27. Mai und am 1. Juli 1921 vom Unterhaus mit 104 gegen 63 Stimmen abgelehnt worden sei, bestehe eine weitere Verpflichtung der englischen Regierung in bezug auf das Washingtoner Übereinkommen nicht mehr, auch keine moralische.

Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der Führer der englischen Delegation auf der Washingtoner Arbeitskonferenz E. W. Barnes am 1. Juli 1921 im Unterhaus erklärte, die englische Regierung habe die formelle Verpflichtung, das Übereinkommen der gesetzgebenden Körperschaft vorzulegen, sie habe aber darüber hinaus die moralische Verpflichtung, für seine Annahme zu wirken, da die englische Delegation in Washington geschlossen für das Übereinkommen gestimmt hat, die Regierungsvertreter auf Grund der Instruktionen ihrer Regierung.

Die Denkschrift der Industriellen behauptet ferner, das Übereinkommen sei in Eile und in mangelhafter Kenntnis der Tatsachen zustande gekommen. Auch sei es nicht denkbar genug in bezug auf die industriellen Bedürfnisse des Landes. Auf diesen Vorwurf geht eine kürzlich von der englischen Liga für Völkerbund herausgegebene Schrift ein, in der darauf hingewiesen wird, daß das Übereinkommen nach gründlicher Vorbereitung vier Wochen lang eingehend beraten wurde unter aktiver Anteilnahme der englischen Delegation, der sehr namhafte Vertreter der britischen Industrie angehörten! Die britische Arbeitgeberdenkschrift untersucht des weiteren, inwieweit die Ratifikation des Übereinkommens die in der englischen Industrie bestehende Arbeitszeitregelung verändern würde und stellt auf Grund der zahlenmäßigen Unterlagen fest, daß in England nur etwa 7,4 Prozent der Arbeiter länger als 48 Stunden wöchentlich arbeiten. Es dürfte also für die britische Industrie keine allzu große Anstrengung bedeuten, auch diese 7,4 Prozent mit den anderen 92,6 Prozent unter eine Regelung zu bringen, abgesehen davon, daß das Übereinkommen in seinem Artikel 4 für unterbrochene Betriebe die Möglichkeit der 56-Stunden-Woche zuläßt. Tatsächlich sind aber mehr als 7,4 Prozent der englischen Arbeiter in kontinuierlichen Betrieben beschäftigt. Infolgedessen wäre auf Grund der durch die freien Vereinbarungen in den Tarifverträgen getroffenen Regelung durchaus die Möglichkeit

Die Aktion für die Landwirtschaft

Und ihre Kosten . . .

Uns wird geschrieben: Die Frage, was die neue Notstandsaktion der Reichsregierung für die Landwirtschaft dem deutschen Volke insgesamt kostet, ist noch nicht abschließend zu beantworten, da die endgültigen Aufwendungen auf den einzelnen Gebieten bisher nicht feststehen. Vorläufig ist aber nach den Vorschlägen der Regierungsparteien im Reichstag mit folgenden Ausgaben zu rechnen:

1. Prolongierung der Dängetitelwechsel	100 Millionen RM.
2. Heberfällige Rentenabbedeckungskredite	60 Millionen RM.
3. Umschuldungskredite	100 Millionen RM.
4. Organisation des Absatzes von Schlachtleh und Fleisch	50 Millionen RM.
5. Behebung der außerordentlichen Notstände der Landwirtschaft	30 Millionen RM.

Diese Posten machen allein 320 Millionen RM. aus. Wer aber glaubt, daß damit die Leistungen des Reichs erledigt sind, befindet sich auf dem Holzwege. So stellt z. B. der Posten 3 (Umschuldungskredite) nur eine vorläufige Aufwendung dar. Sie soll, soweit der Markt in der Lage ist, Schatzwechsel der Reichsregierung aufzunehmen, ganz beträchtlich erhöht werden. Die Landwirtschaft fordert bekanntlich Mindestforderung eine Erhöhung der Summe auf 300 Millionen Mark. Nach Lage der Dinge wird die Reichsregierung diese Forderung auch erfüllen,

womit sich die Kosten für die Notstandsaktion auf über eine halbe Milliarde Mark steigern. Zu berücksichtigen ist bei der ganzen Transaktion, daß die Kredite zu verbilligtem Zins gewährt werden. Auch ist die Wahrscheinlichkeit leider sehr groß, daß ein großer Teil dieser Kredite nicht mehr in die Kassen des Reichs zurückfließt. Wenn die Liquidation überschuldeter Betriebe im Frühjahr 1928 durchgeführt wird, ist das Reich in erster Linie der Leidtragende.

Zu den aufgeführten Posten treten aber noch andere Ausgaben. Das sind zunächst einmal die Aufwendungen, die die einzelnen Länder, u. a. Preußen, allein oder in Gemeinschaft mit dem Reich für die Landwirtschaft durchführen. Wenn sich die Ausgaben auch in engerem Kreis halten, so dürfte z. B. die augenblicklich zur Erörterung stehende Notstandsaktion für die Unmettergebiete in Pommern, an der das Reich, Preußen und die Provinz Pommern beteiligt sein werden, die runde Summe von 25 Millionen RM. erfordern. Preußen erfährt auch noch eine besondere Belastung, weil es nach Lage der Dinge das Stammkapital der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste erhöhen muß. Die Ausgaben für diesen Zweck werden auf 50 bis 60 Millionen Mark veranschlagt.

Nicht berücksichtigt sind bei dieser Aufstellung die Steuererhöhungen und Steuerneuerschläge.

gegeben, das Nebereinkommen zu ratifizieren, ohne die tatsächlichen Zustände wesentlich ändern zu müssen. Darüber hinaus wäre die Ratifikation für die englische Industrie von Vorteil, da dadurch ein großes Gemutis beiseite würde, das zahlreiche Staaten, darunter auch Deutschland und Frankreich bisher gehindert hat, die Ratifikation durchzuführen.

Bekanntlich ist das Nebereinkommen über den Achtstundentag bisher mit Ausnahme von Belgien von den großen Industrieländern, für die es eigentlich geschaffen wurde, nicht ratifiziert worden. Durch die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes war aber insofern ein Fortschritt erzielt worden, als Frankreich bereits die bedingte Ratifikation vollzogen hat, nach der das Nebereinkommen für Frankreich in Kraft tritt, sobald auch Deutschland und England ratifiziert haben. Die deutsche Regierung hat ebenfalls erklärt, daß sie das Nebereinkommen ratifiziert, sobald die westlichen Industrieländer das gleiche tun. Gleichzeitig hat die deutsche Regierung, um die Ratifikation vorzubereiten, in dem kurzen dem Reichswirtschaftsrat vorgelegten Entwurf eines Arbeitervertrages die künftigen Arbeitszeitbestimmungen den Vorschriften des Washingtoner Nebereinkommens angepaßt.

Alle diese Bemühungen, die Arbeitszeitfrage ihrer internationalen Lösung zuzuführen, werden durch den Schritt der englischen Regierung in Genuß der abschließbaren Zeit zum Stillstand gebracht, mindestens aber solange, als in England die konservative Regierung herrscht. Der Schritt der englischen Regierung ist um so bedauerlicher, als schon heute gesagt werden kann, daß die Arbeiterschaft unter keinen Umständen einer Verschlechterung des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens zustimmen wird. Die englische Regierung muß sich aber auch darüber klar sein, daß sie durch ihr Verhalten eine Vertrauenskrise in der Internationalen Arbeitsorganisation heraufbeschworen hat, deren Folgen noch nicht abzusehen sind.

Der Spul von Konnersreuth ist aus

München, 5. Februar

Die „Pillger“, die sich in den letzten drei Wochen nach Konnersreuth begaben, um das Wunder der Therese Neumann mitzuerleben, sind nicht mehr auf ihre Kosten gekommen. Die Heilige wurde nicht vorgeführt, den Wartenden wurde an diesen letzten drei Freitagen mitgeteilt, die Blutungen und prophetischen Visionen seien diesmal ausgeblieben.

Nach den letzten Nachrichten nun steht mit Sicherheit fest, daß der Konnersreuther Spul endgültig als erledigt zu betrachten ist. Therese Neumann hat in aller Stille das Bett verlassen, ißt und trinkt wieder wie jeder andere Mensch, beschäftigt sich mit der Küche, mit Kühenmilch und Stundeneinigen und gibt keine Zeichen ihrer göttlichen Berufung mehr zu erkennen.

Es wird vermutet, daß diese Wendung hauptsächlich durch den zunehmenden Druck zu erklären ist, den die bishöflichen Behörden auf den Pfarrer von Konnersreuth ausübten und der besonders dringend wurde, seit in Berlin der Bergmann Diebel die Konnersreuther „Wunder“ allabendlich im Variete vorträgte.

Mit dem Ende des Konnersreuther Fiebers wird auch die kleine Industrie zugrunde gehen, die in dem Städtchen entstanden ist und ihre Kreise bis nach München zog, wo man Pillgerfahrten arrangierte und ein Konnersreuther Moniteur auf allen Straßen verkauft wurde.

Ein guter Witz

Das Kaiserreich für einen exotischen König

Die Regierungsblokkierung des Reiches hat schwere Sorgen. Nicht nur ihre innere Zerrissenheit macht ihr Kopfzerbrechen, sondern sie wird auch noch durch sogenannte Repräsentationsverpflichtungen in Aufregung gehalten. Es hat sich nämlich der sogenannte König von Afghanistan, ein asiatischer Despot, bei ihr zum Besuch angemeldet, nachdem er bereits eine Reihe von anderen europäischen Hauptstädten besucht hat. Um diesen König zu empfangen, hat man sich schon wochenlang den Kopf zerbrochen über die Frage, wo man ihn unterbringen soll. Eines der Berliner Luxushotels ist für einen exotischen König immer noch zu plebejisch. Deshalb hat man sich nach einem richtigen Schloß umgesehen und selbst die demokratische Presse hat dabei allerhand Fingerzeige gegeben in der Ueberzeugung, daß eine Republik für Könige ein Besuchsschloß haben müsse. Da die Reichsregierung indessen nicht über Reichsschlösser verfügt, so mußte sie sich an die Preussische Kronverwalter wenden. Aber auch diese konnte ihr von den früheren Hohenzollernschlössern nur solche anbieten, die den Bedürfnissen der gegenwärtigen Regierung nicht genügen. So hat sich das Blokkabinet schließlich mit den Vertretern des ehemaligen Herrscherhauses in Verbindung gesetzt und von diesen glücklicherweise ein Berliner Palais vermietet bekommen. Ueber den Mietpreis wird strenges Stillschweigen bewahrt. Er könnte, wenn er bekannt würde, ja auch nur den Witz abjählichen, der darin liegt, daß die Republik von abgesetzten Monarchen Wohnräume mietet, um einen asiatischen Kollegen der Abgesetzten „stanbeswürdig“ unterzubringen.

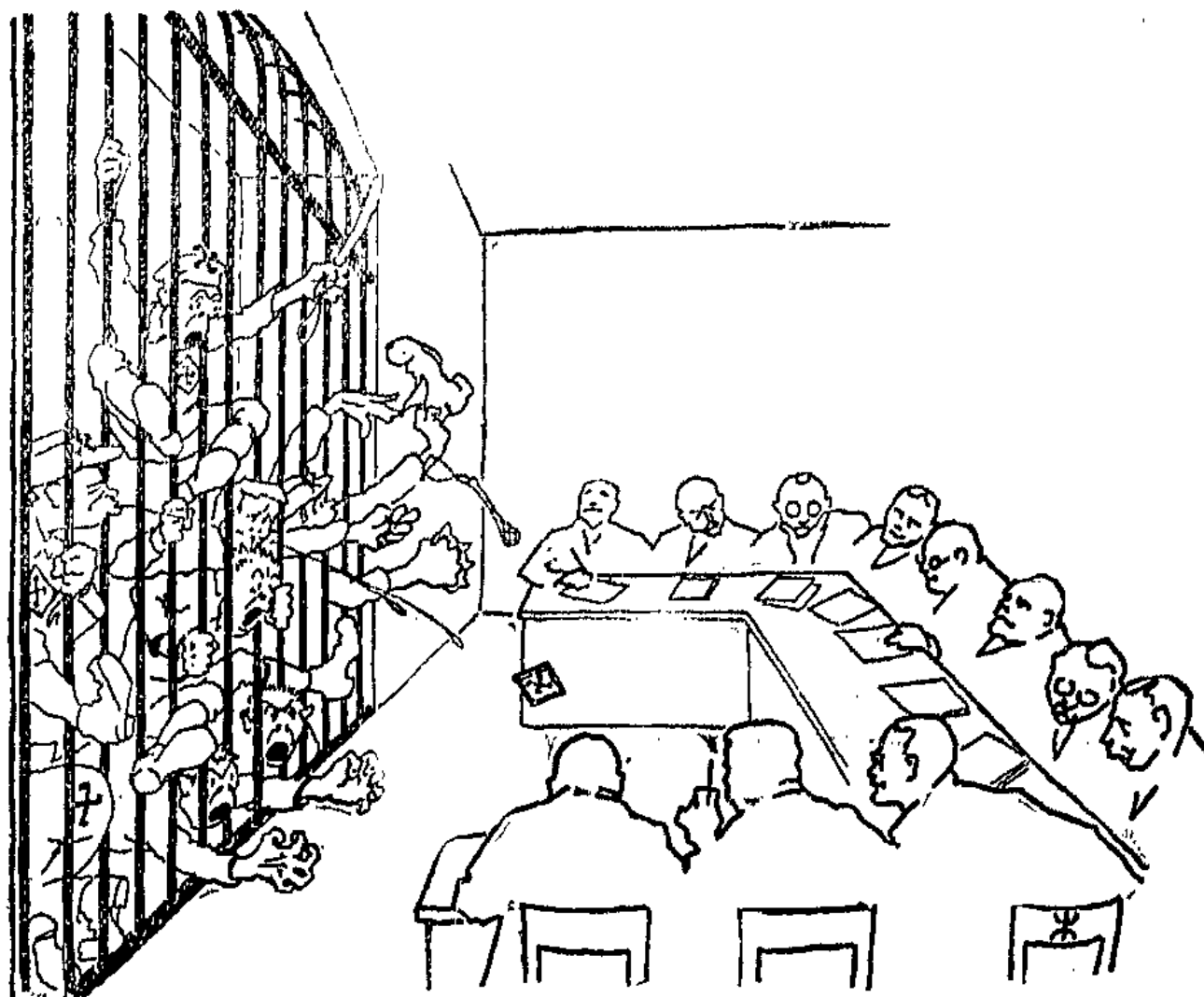
Reichskanzler gegen Staatsgerichtshof

Er kann sich nicht von Luther trennen

Der Reichskanzler hat seiner Denkschrift über den Streit mit Preußen um den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn am Donnerstag noch eine Nachschrift an den Reichstagspräsidenten folgen lassen. In diesem Schriftstück treibt Herr Marx ein außerordentlich gefährliches Spiel; denn die ganze Arbeit ist nichts anderes als eine Polemik gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes, der ausdrücklich den preussischen Anspruch auf Entsendung eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Reichsbahn als berechtigt anerkannt hat. Anstatt nun dieses Urteil auszuführen, wie es die Pflicht der Reichsregierung wäre, kritisiert und bemängelt sie es und trägt so wieder einmal dazu bei, die Autorität des Rechts zu erschüttern. Wo soll es hin führen, wenn schon die Reichsregierung es nicht mehr für notwendig hält, Urteile des Staatsgerichtshofes ernst zu nehmen oder gar auszuführen? Jedenfalls kann das jüngste Produkt der Reichsregierung in dem Streit um den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn u. G. vom Reichstag nicht widerspruchlos hingenommen werden.

An dem Streit an sich wird durch die Nachschrift des Herrn Marx nichts geändert. Sie bestätigt vielmehr, daß es für die Reichsregierung einen einwandfreien Rechtsstandpunkt längst nicht mehr gibt. Ihre Rechtsauffassung richtet sich nach der politischen Einstellung der rechtsprechenden Staaten. Bayern als Freund des Bürgerbunds besitzt längst seinen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn, während das weniger angenehme Preußen jetzt schon seit Monaten auf die Erfüllung eines vom Staatsgerichtshofes anerkannten Rechtsanspruches wartet. Auch dieser Standal dürfte bei den kommenden Wahlen eine Rolle spielen.

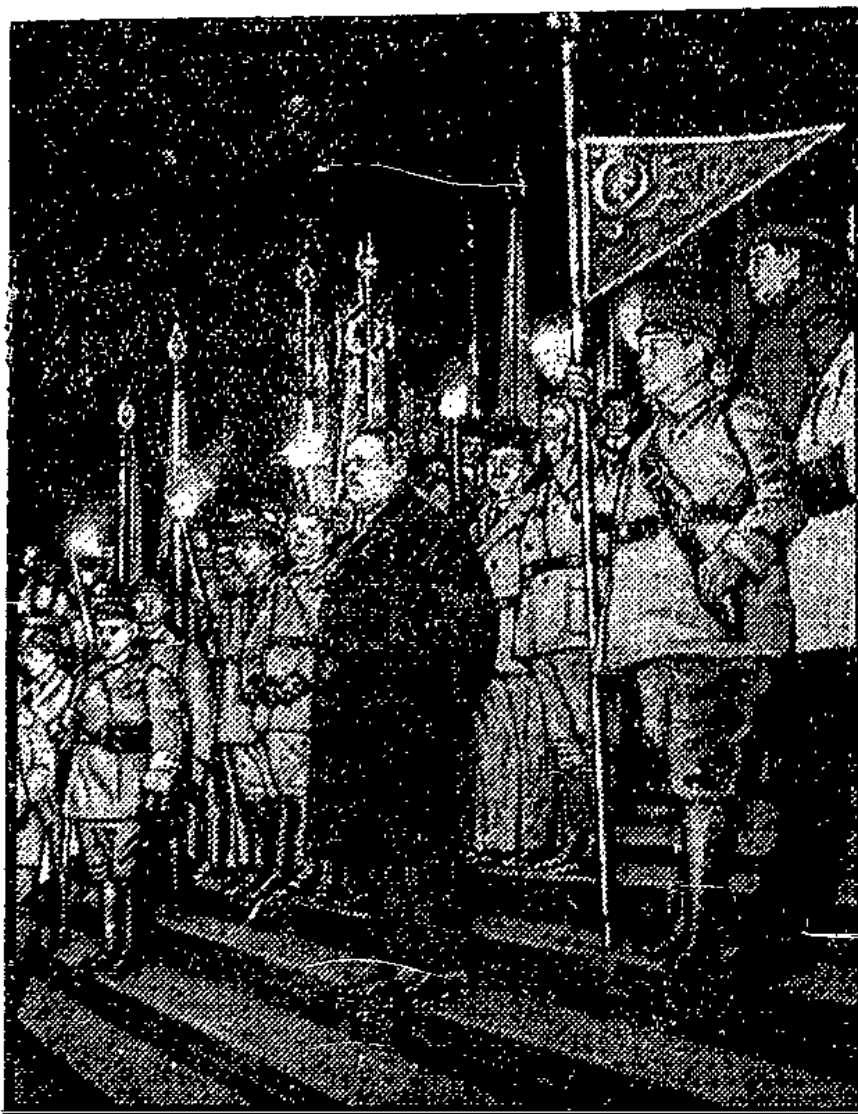
Eine praktische Neuerung



soll demnächst bei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen für die Vernehmung völkischer Zeugen durchgeführt werden.

Gegen Richterwillkür

Im Gendarmenmarkt zu Berlin eine riesige Kundgebung des Reichsbanners statt. Die Freilassung des Mordanklägers von Arensdorf, Paul Schmelzer, ein neues Mitglied in der Kette der Justizgelehrten, geizelte Landtagsabgeordneter Kuttner mit scharfen Worten. Kuttner, den unser Bild im Kreise der Reichsbannerführer auf der Freitreppe des Staatlichen Schauspielhauses zeigt, forderte eine Demokratisierung der Justiz und Richter, die wirklich im Sinne des neuen Staates, im Geiste der sozialen Demokratie empfinden. Der Gauvorsitzende Stellung untertrieb die Ausführungen des Redners und verlas die Resolution, die von Tausenden einstimmig angenommen wurde.



Praktische Verwaltungsreform

Braunschweig, 4. März (Fig. Ber.)

Die sozialistische Regierung Braunschweigs hat beschlossene mit dem Abbau des übergroßen Verwaltungsapparates im Schulwesen zu beginnen. Bisher bestanden ein Landesamtsrat für das Volksschulwesen und eines für das höhere Schulwesen. Nach einer Gesetzesvorlage des Ministeriums sollen ab Oftern beide Landesamtsräte aufgehoben und ihre Befugnisse dem Minister für Volksbildung übertragen werden. Die Zahl der Schulaufsichtsbeamten im Lande wird von 38 auf 21 herabgesetzt. Dafür wird die Selbstverwaltung der Lehrkörper an den einzelnen Schulen erfreulicherweise erweitert. Es ist zu erwarten, daß die Vorlage im Landtag eine Mehrheit findet.

Die Regierung will ferner das Berufsschulwesen mehr als bisher fördern und hat zu dem Zweck im Haushaltsplan für 1928 die Stelle eines Oberregierungsrats geschaffen, die mit einem anerkannten Berufssachmann besetzt werden soll.

Praktische Abrüstung

Die norwegische Arbeiterregierung ist bereits eifrig bei der Arbeit. Ihren Ankündigungen gemäß hat sie dem Parlament am Freitag eine Vorlage übermittelt, nach der alle für dieses Jahr vorgesehenen militärischen Übungen der Armee ausfallen und zwei während des Krieges erreichte starke Regimenter in Dienst aufgelöst werden sollen. Auch die Übungen der Marine sollen nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Der Finanzminister erhofft von diesen Maßnahmen eine Ersparnis von rund 5,5 Millionen Kronen.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Zum Endspiel um die Kreismeisterschaft: Hanja-Riel 1 gegen Bormärts-Lübbeck 1: 1: 2 (1: 2)

Das Endspiel um den Kreismeister hat mit einer Sensation geendet. Der Favorit Hanja-Riel, der in bestechender Form den gewöhnlich schlechten Hamburger Meister Dittenen 93 mit 5: 1 schlug und den man die allergrößten Siegeschancen gegen den Lübcker Meister zusprach, ist von diesem verdient mit 2: 1 geschlagen worden.

Der Lübcker Mannschaft ist der Sieg um die höchste Ehre des Kreises zu gönnen. Unsere herzlichsten Glückwünsche zur Erlangung der Kreismeisterschaft.

NSB. 2 - NSB. 2: 1: 7. Wie vorausgesehen war, NSB. Sieg und Punkte an sich genommen.
Bormärts 3 - Seereh 1: 1: 0.
Heimstätten 1 - Oldesloe 2: 5: 0.
Schwartau 2 - Stodelsdorf 2: 0: 0. Kein Bericht.
Schlutup 3. - NSB. 3. 0: 0.
Handball. U. I. B. 1 - Riel 1: 1: 5.

Die teure Technische Nothilfe!

Im Jahre 1925 kostete dem Reich eine Arbeitsstunde der Teno etwa 24 RM., im Jahre 1926 etwa 60 RM. / Ein Einsatz kostete im Durchschnitt 1925: 24 000 RM., 1926: 30 000 RM. / Sechs und eine halbe Million RM. Steuergelder zwecklos verausgabt / Die Forderung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften: Fort mit der Technischen Nothilfe

Am Ende des Jahres 1927 gab der Reichsinnenminister v. Kundt eine Denkschrift über die Organisation und den Einsatz der Technischen Nothilfe in den Jahren 1925 und 1926 heraus.

Die Denkschrift sollte die Notwendigkeit der Teno beweisen. Sie wurde auf Grund eines Beschlusses des Reichstages vom Reichsinnenminister herausgegeben.

Wenn die Reichsbank die Denkschrift etwas beweist, so das, daß die Teno nicht nur eine höchst überflüssige Organisation ist, sondern auch, daß sie für das Reich und die Steuerzahler zu einer kostspieligen Einrichtung wurde.

Im Reichstag haben die Sozialdemokraten auch im Namen der freien Gewerkschaften bereits bei der vorjährigen Etatberatung gegen die Bewilligung der Mittel für die Teno gestimmt, sie haben damit zugleich den Abbau der Teno gefordert.

Die Arbeit der Teno ist um die Hälfte zurückgegangen, die Kosten aber sanken nur um ein Viertel.

Da der Reichstag wieder vor der Etatberatung steht und sich entscheiden muß, ob die Teno weiterbestehen soll oder nicht, muß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einige wichtige Zahlen der Teno gelenkt werden.

In der Denkschrift wird zwar behauptet, daß die Technische Nothilfe von 1925 auf 1926 einen radikalen Abbau durchgemacht habe, aber bei näherem Betrachten ist festzustellen, daß die Kosten im Wirklichen im Verhältnis gesunken sind.

Während dem Jahre 1925 150 Einsatzstellen der Teno im Jahre 1926 über 3 000 000 RM. kosteten, wobei 5077 Nothelfer mit 162 552 Arbeitsstunden beschäftigt waren, kosteten dem Reich nur 81 Einsatzstellen der Teno im Jahre 1926 genau 2 850 000 RM., wobei 2785 Nothelfer mit 54 007 Arbeitsstunden beschäftigt waren. Bei diesem Verhältnis spricht Herr v. Kundt noch von einem Abbau, obwohl das Reich für eine Arbeitsstunde der Teno im Jahre 1925 etwa 24 RM., im Jahre 1926 dagegen rund 60 RM., also mehr als das Doppelte, ausgeben mußte! Wir sehen an diesen beiden Vergleichen, wie die Ministerialbürokraten zu rechnen verstehen. Hier ist ein Beweis, wie der Rechtsblock die Sparpolitik auffaßt, wie er nicht spart, wenn es gegen das arbeitende Volk geht!

Die Teno ist ein Ueberbleibsel aus politisch und wirtschaftlich bewegten Zeiten.

Hatte sie früher schon keine Daseinsberechtigung, so ist sie heute erst recht überflüssig und es wäre endlich an der Zeit, wenn sich im Reichstag eine Mehrheit fände, die die Teno abbaut. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie werden nach wie vor im Interesse der gerade in diesem Jahre zahlreich bevorstehenden Arbeitskämpfe für die restlose Beseitigung der Teno eintreten. Wenn die Teno und ihr Wirken augenblicklich auch nicht offensichtlich in Erscheinung treten, so ist sie doch ein Instrument der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, das in Zeiten der Hochspannung mit höchster Aktivität in die Arbeitskämpfe gegen die Arbeiter eingesetzt werden kann.

Zuletzt ist aus dem Bericht, daß durch „Verbung von Transportmitteln Vorleistungen getroffen wurden, daß die eintreffenden Nothelfer schnellstens zu den Einsatzstellen befördert werden konnten“.

Aus der Zusammenstellung der Teno ist zu berichten:

Die Zahl der Landesbezirke ist im Laufe der Zeit von 17 auf 13 „vermindert“ worden, die Zahl der Landesunterbezirke, die im Mai 1920 einen Höchststand von 90 erreicht hatte, sank auf 39 nach dem Stande vom April 1926. Im Jahre

1923 betrug die Zahl des hauptamtlichen Personals: 446, 1924: 388, 1925: 371 und 1926: 227. In den Jahren 1925 und 1926 gab es etwa 2 000 Nothelferorganisationsgruppen. Der Nothelferbestand hatte im Jahre 1924 mit rund 450 000 Nothelfern seine höchste Zahl erreicht. Am 1. Januar 1925 betrug der Mitgliederbestand insgesamt 421 000, am 1. Januar 1926: 348 000 und am 1. Januar 1927: 336 000. Für den Rückgang der Mitgliederzahlen werden in dem amtlichen Bericht die verschiedensten Erklärungen gegeben, die hier unwesentlich sind.

Ueber die Zusammensetzung der Teno sagt der amtliche Bericht im Tone der Ueberheblichkeit (ein neuer Beweis, daß die Teno ein Instrument gegen Arbeiter sein soll), daß sie „durchaus ihrem unparteiischen und sachlichen Charakter entsprechend“ zusammengesetzt sei. Die Zusammensetzung für die Jahre 1925 und 1926 ergab folgendes Bild: 22 Prozent des Bestandes sind Landwirte, 21 Prozent Techniker, 16 Prozent Angehörige freier Berufe, 13 Prozent Handwerker, 12 Prozent Frauen der verschiedensten Berufe, 10 Prozent Arbeiter und 6 Prozent Studenten und Schüler.

Für uns ist von Wichtigkeit, wie oft die Teno in die Arbeitskämpfe eingriff

und so — unter dem Scheine des „Dienstes an der Allgemeinheit“ — immer den Unternehmern half, die die Schuld an den Arbeitskämpfen trugen. Nach der Reichsbank Denkschrift griff die Teno in den Jahren 1925 und 1926 in fast dreißig Fällen „bei Streiks bzw. Ausperrungen“ ein.

Die Gesamtzahl der Besatzungsstärke jener Betriebe, in denen die Teno eingesetzt wurde, betrug 9713. Davon waren am Streik bzw. an der Ausperrung 8914 beteiligt, also rund 90 Prozent. Dieser Prozentjahrsbereich die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiter, wenn es Arbeitskämpfe zu führen gilt. Um so trauriger ist es, daß die Teno fast hunderttausend Streikbrecherarbeitsstunden leistete, das ist die runde Hälfte aller in den Jahren 1925 und 1926 von der Teno geleisteten Arbeitsstunden.

Bei Bränden wurde die Teno während der Jahre 1925 und 1926 in mehr als fünfzig Fällen eingesetzt und bei Hochwasser in fast sechzig Fällen. Es mag sein, daß hier die Teno mitgeholfen hat, bestimmte Werte der Volkswirtschaft zu retten; es fragt sich aber, ob diese Werte nicht auch ohne Teno von den Feuerwehren und anderen freiwilligen Helfern und Einrichtungen gerettet worden wären. Bestimmt wiegen die geretteten Werte die Millionenausgaben des Reiches nicht auf, wie aus einer besonderen der Reichsbank Denkschrift beigefügten Einleitung deutlich hervorgeht.

Immer aber bleibt die Teno eine Gefahr für die Arbeiterschaft.

Innerhalb der Arbeiterschaft besteht noch immer die begründete Annahme, daß die Teno vor allem als Reserve in den Arbeitskämpfen benutzt und eingesetzt wird, wenn es den „maßgebenden Stellen“ nötig erscheint.

Um eine solche Truppe zu halten, sollte man die Gelder der Allgemeinheit nicht benutzen dürfen. Wer an dieser Einrichtung Interesse hat, soll sie auch bezahlen; die Allgemeinheit hat auf alle Fälle das geringste Interesse. Die Teno arbeitet für die Kapitalisten, sie fällt den Arbeitern in den Rücken, sie schließt auf der anderen Seite die Versicherungsgeellschaften vor Schaden — die Arbeiter aber werden von ihr direkt benachteiligt. Es wird wirklich hohe Zeit, daß mit dem Umzug der Teno Schluß gemacht wird.

Wo die Teno in Arbeitskämpfen eingesetzt wurde, ergab sich u. a. folgendes:

Ort	Zahl der Arbeiter	Zahl der Nothelfer	Jahr der Nothilfe	Jahr der Nothilfe
Messel bei Darmstadt (Grube)	2	31 926	316	662
Berlin-Moabit (Meierei Volle)	3	4 012	128	704
München (Brauerien)	10	11 025	157	2525
Groß-Berlin (Eisenbahn)	14	19 010	362	1362
Bremen (Eisenbahn)	1	15 594	389	258
Bonames (Zell. a. M., Leberf.)	1	1 150	12	60
Niederrad (Leberfabrik)	1	1 532	19	106
Oberursel (Leberfabrik)	1	206	5	56
Pöschel (Elektr.-Werk)	3	175	4	12
Stuttgart (Eisenbahn)	1	285	12	49
Zeuerbach (Eisenbahn)	3	684	207	211
Canstatt (Eisenbahn)	1	18	4	25
Kolberg (Eisenbahn)	1	261	12	28
Hilth (Brauerien)	4	377	26	294
Kürnberg (Brauerien)	2	164	0	156
Hilth (Brauerien)	1	69	4	60
Gera (Leberfabrik)	1	94	1	16
Königslee (Leberfabrik)	3	887	10	57
Eisenberg (Leberfabrik)	1	278	2	9
Frankfurt a. O. (Malzlaasef.)	1	649	12	60
Kassel (Speiteur)	1	1 672	25	27
Friedland (Eisenbahn)	1	35	4	103
Breslau (Brauerien)	1	1 956	78	922

Wenn man diese Zahlen liest, nimmt es nicht wunder, daß die arbeiterfeindliche Rechtsmehrheit des Reichstages noch immer an der Teno festhält. Wir aber rufen: Schluß mit der Technischen Nothilfe, die eine geradezu unwürdige Einrichtung ist.

Sie ist ein Verrat an den oft erbittert kämpfenden Arbeitern, die jeden Tag von ihr bedroht sind.

Es handelt sich nicht allein um die Gefahr für die Arbeiter! Es handelt sich auch um die sehr teure Spielerei, mit der sich noch immer eine große Zahl höherer Beamten beschäftigt. Dazu kommt, daß im Durchschnitt ein Einsatz der Teno im Jahre 1925 etwa 24 000 RM. und im Jahre 1926 — nach dem Abbau, wie ihn Herr v. Kundt rühmt — etwa 30 000 RM. kostete.

Die Zuschüsse, die in den Ländern gezahlt werden, sind da noch nicht einmal berechnet. Auch die Länder sollten der Teno die Mittel verweigern. Wenn man die Zahlen der Teno liest und sie vergleicht, mag noch einer sagen, der Rechtsblock verfinde nicht zu rechnen! Wenn das für die Teno angewendete Geld an die an den Arbeitskämpfen der Jahre 1925 und 1926 beteiligt gewesenen Arbeiter gezahlt worden wäre, gegen die die Teno eingesetzt wurde,

wäre es bestimmt nie zu einem Streik gekommen.

Fast zehn tausend Arbeiter hätten sechs und eine halbe Million RM. bekommen können. Das wären durchschnittlich 650 RM. pro Kopf gewesen. Ein ganz beträchtlicher Betrag für einen Arbeitererhalt während zweier Jahre, der manche Sorgen behoben hätte.

Aber so rechnet die Reaktion nicht.

Den Arbeitern könnte es zu wohl gehen, man beschneidet der Sozialpolitik die Mittel, man bekämpft sie nicht nur ideell, sondern auch materiell. Dafür aber hält man die Arbeiter nieder entweder mit Mitteln der Gewalt oder „mit geistlichen Mitteln“, wie die Teno eines ist — auch wenn Millionen dafür verausgabt werden müssen.

Wäre es nicht viel besser, die mehr als sechs Millionen für die Teno dem Sozialetat zuzuführen zu lassen?

Bringt man in diesem Zusammenhang noch den gigantischen Reichswehretat in Erinnerung — nach den gesetzlichen Vorschriften kann die Reichswehr auch als Teno eingesetzt werden —, so sieht man eben noch deutlicher, daß die Reaktion eine tolle und vernunftwidrige Wirtschaft treibt, die nur durch die Herrschaft des Sozialismus beseitigt werden kann. Solange aber der Sozialismus nicht triumphieren kann, müssen wir in Einzelkämpfen für die Freiheit auch der Arbeitskämpfe sorgen — darum fort mit der Technischen Nothilfe! Johannes Müller.

Ein Teufelskerl

Roman von George Chellis

16. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Am Tage darauf sprach er mit Billy.

„Wenn die Reise beendet ist“, sagte er, „was werden deine Kameraden mit mir machen?“

Der Bursche sah ihn mit seinen kalten Augen an und zuckte die Achseln.

„Ich denke mir“, sagte Madelin, „ich könnte dir ein paar Lektionen geben, wie man mit meinem kleinen Degen arbeitet.“

In Billys hellen Augen flammte eine Gier auf, die stärker war als die Gier nach Gold. Erst die Lektion, dann wollte er reden — und Madelin ließ ihn wütend die seine Waffe in die Hand nehmen, ließ ihn die vierkantige, scharf geschliffene Spitze prüfen, und dann lehrte er ihn, wie er zu stehen, wie er das Gewicht auf die Füße zu verteilen, wie er sich durch den nach hinten gestreckten linken Arm im Gleichgewicht zu halten habe. Er lehrte ihn Paraden, Ausfälle, Stöße; vor allem wie auch der längste Ausfall den Fechter nicht aus dem Gleichgewicht bringen darf, wie er immer ausbalanciert und bereit sein muß, vorzudrängen wie eine gespannte Feder.

Billy trant alles in sich, arbeitete mit schweigendem Eifer und besorgte mit Hingabe jede Anweisung. Er machte seine Sache ausgezeichnet, denn er besaß bereits Übung im Dolchstechen und hatte ein Handgelenk von Stahl. Sein Körper bestand nur aus Sehnen, Muskelsträngen und schnell arbeitenden Nerven. Freilich war diese Bekkton nur die erste Seite eines langen Buches, aber als die Stunde beendet und Billy sich schwer atmend niederlegte, konnte Madelin ihm versprechen, daß er eines Tages ein gewaltiger Fechter sein werde.

„All diese schweren Waffen auf Hieb und Stich sind im Aussterben“, sagte Madelin. „In zehn Jahren spricht kein Mensch mehr davon. Hinhalt, Schnelligkeit — darauf kommt es an, Billy! Ein leichtes Fußspiel und ein langer Ausfall. Und nun leg' los und erzähle mir, was du von ihren Vätern weißt.“

Als Antwort bog Billy seinen Kopf nach hinten und fuhr mit dem Zeigefinger langsam über seine Kehle.

Er konnte nicht mehr sagen. Ihre Gründe für diesen blutigen Entschluß waren ihm unbekannt, aber beim Vorübergehen an der Kapitänskajüte hatte er gehört, wie sie sagten, wenn ihre Reise beendet sei, dürften sie nicht ihr Leben in den Händen ihres „ehelichen“ Richters lassen. An demselben Abend machte Madelin Billy einen Vorschlag: dieser solle ihn befreien, und sie wollten zusammen fliehen.

„Du wirst deinen Weg in der Welt als Fechtmeister machen“, sagte Madelin. „Ich kann es dir in drei Monaten so beibringen, daß du den größten Eisenfesser zum machen kannst wie ein Kind. Daß die Careley und Komme mit mir.“

Aber Billy sah ihm mit seinen hellen Augen fest ins Gesicht, ohne ein Wort zu sagen, und Madelin begriff, warum gerade dieser Junge ihm zum Wächter bestellt war. Indessen Billy konnte nicht Tag und Nacht wachbleiben. Drei Nächte später, als es dunkel war, wartete Madelin, bis er das leise und regelmäßige Atmen des Jungen hörte und wußte, daß er schlief. Er zog aus der Tasche ein Stück flachen Uhfederstahl hervor. Er erinnerte sich des Kniffs, den ihm ein Schlingel, der am Tage von Worcester in seiner Kompanie diente, einmal für fünf Pfund Lohn gegeben hatte, und arbeitete am Türschloß, bis er den Riegel zurückziehen konnte. Dann schlüpfte er aus den Fesseln, wobei er mit größter Sorgfalt jedes Geräusch vermied, das seinen Wächter wecken konnte, schritt über Billys ausgestreckten Körper weg und kroch auf das Deck.

Er konnte den ersten Blick auf Port Royal werfen. Es war ein schwarzes Gewirr von Schatten, die sich auf einer niedrigen sandigen Landzunge zusammendrängten. Hier und da kam ein Lichtschein aus einer Tür, die wegen der Wärme der Nacht offen stand. Denn es war dunkel, still und heiß. Die niedrigen Leiber von drei oder vier Kanus, die man in der Landessprache „Periaquas“ nannte, lagen am Ufer der Bucht, schwarze Flecken im Sand, den das schwache Licht der Sterne mattsilbernen erglänzen ließ. Im Hafen sah man die Klumpen von zwei kleinen und drei großen Schiffen, von Laternen beleuchtet, die zu beiden Seiten ihrer Hecks brannten. Madelin beobachtete alle diese Dinge bedächtig und freute sich auf seine Befreiung. Aber er mußte sich beeilen, denn Billy konnte jeden Augenblick erwachen und das Schiff alarmieren. Aber Madelin wußte aus alter Erfahrung, daß Ueberlegung Nichtigkeit ist. Er machte eine Pause, um zu hören, wie der Wind in der Takelung der Careley mühsamer und wie die Röhler gelbe Flecken und Streifen auf der öligen schwarzen Meeresschale machten. Dann zog er Schuhe und Rock aus, um nötigenfalls zum Schwimmen bereit zu sein, und stahl sich das Deck entlang wie eine Kacke. Ein- oder zweimal blieb er laufend stehen. In einer Kajüte des Afterdecks unterschied er die Stimmen von Martin Gunn und Peter Solomon, die seit der Verschönerung der Mary Winton unzertrennliche Bundesgenossen geworden waren. Von der Stadt her hörte er den Lärm der üblichen nächtlichen Aufregung, und wenn eine einzelne Stimme lauter brüllte, konnte er fast die Worte verstehen.

Ein Boot wurde im Hafen gerudert. Obgleich er es nicht sehen oder den Ort der Geräusche genau bestimmen konnte, so hörte er doch deutlich das Geräusch der Ruderschläge. Ein Mann landete Wache, den Rücken nach dem Schiff, und lehnte sich ans Steuer. Madelin sprang von hinten auf ihn, drückte ihm die Luftpöhrer mit dem gekrümmten rechten Arm zu und legte ihn geräuschlos auf den Boden. Er knebelte den Wächter mit dem Rock, dessen er sich entledigt hatte, band ihm Hände und Füße, versprach ihm einen kühnenden Messerstich in den Rücken, falls er sich regte, und sah sich um. Es war alles, wie er gehofft hatte. Ein kleines Boot schaukelte an einem Tau, und man sah beim Eintreten der Sterne die feuchten Blätter der beiden Ruder, die

über den Kreuz darin lagen. Er brauchte bloß am Tau herabzubleiten und nach der Klappe zu rudern. In fünf Minuten konnte er in Sicherheit sein. Er hatte schon einen Fuß auf der Reeling, als er von hinten einen Schlag erhielt, daß er aufs Gesicht taumelte und ihm die Sinne entwandten.

Als er wieder zum Bewußtsein kam, lag er in seinem Gefängnis im Vorderastell mit schmerzdem Kopf, einer großen Beule hinterm Ohr und in hohem Fieber. Es war Billy, der ihm den Streich gespielt hatte. Er war aufgewacht, sah, daß sein Gefangener entwischt war, und sofort war er mit einem dicken Loschläger in der Hand hinter ihm dreingefallen. Jetzt sah er neben dem wieder eingebrachten Füllhügel. Er hatte die Beine gekreuzt, den Kopf zurückgelegt und sah mit einem fernem Blick vor sich hin. Halb im Traume betrachtete ihn Madelin und fand endlich den Schlüssel zum Rätsel dieses seltsamen Gesellen. Billy hatte Gestalt und Züge eines Wikingers und die geheimnisvolle Seele eines Orientalen. Er war aus Verneinungen zusammengesetzt. Er war nicht tapfer — das Gefühl der Flucht war ihm einfach unbekannt. Nicht graum — seine Seele wußte nur nichts vom Mitleid. Zu welcher Art Ungeheuer dieser Knabe sich noch einmal entwickeln würde, das war Madelin unklar. Als er Billy fragte, was geschehen sei, erzählte Billy ihm freimütig alles: wie er gefürchtet habe, die Keule habe die Stirndale zerschmettert, und wie verzweifelt er gewesen sei bei dem Gedanken, jetzt sei es mit den Festschunden aus.

„Warum hast du das getan, Billy?“ fragte Madelin.

„Ich erschrak bei dem Gedanken, daß Don Fernando allein sein sollte, ohne Euch“, sagte Billy und sah ohne Erregung auf seinen Gefangenen herab. Am nächsten Morgen kam Martin Gunn und brachte eine Verwarnung: wenn der Gefangene noch einmal verjuche auszubrechen, werde er getötet. „Wir müssen Deserteure entmutigen“, sagte Gunn ruhig.

„Was das betrifft“, sagte Madelin, „so weiß ich ja, daß mir der Tod am Ende eurer Reise schon bestimmt ist, schere mich also nicht viel darum.“

Gunn zuckte die Achseln.

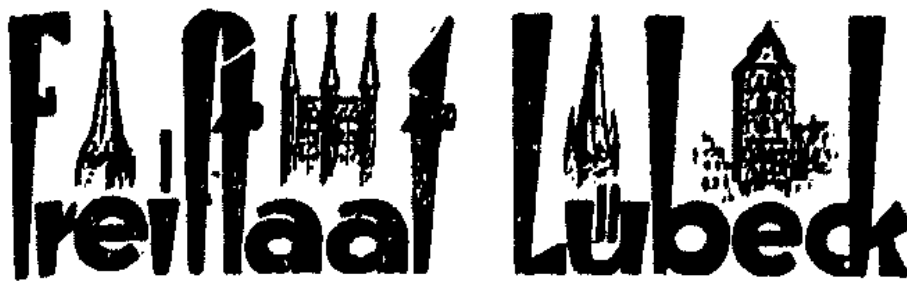
„Es gibt Tod und Tod“, sagte er und überließ es Madelin, sich auszuwählen, was alles hinter dieser knappen Andeutung stecken konnte. Jedemfalls nahm er sich vor, eine neue Flucht mit größter Sorgfalt und bei besseren Aussichten auf Gelingen zu versuchen.

Bei der nächsten Gelegenheit sondierte er Billys rätselhaftes Inneres mit einem andern Lot.

„Stelle dir vor, Billy, ich hätte dir vier Zoll Degenspitze zwischen die Rippen gesteckt, bevor ich diesen Ort verließ — hm?“

„Dumm genug, daß Ihr das vergessen habt“, meinte Billy. Er konnte nicht verstehen, daß ein Gewissen vor einem Morde zurückwich.

(Fortsetzung folgt)



Senator Dr. Vermehren †

Noch wölbt sich der freie Erdbügel über dem Grabe des verschieden Senators Genossen Hoff, eilt eine neue Todesnachricht durch die Stadt: Am Sonntag morgen verschied im Marienkrankenhaus Senator Dr. Vermehren. Kurz nach dem Begräbnis seines Kollegen erkrankte Dr. Vermehren an Blinddarmentzündung und Bauchfellentzündung.

Mit ihm scheidet der Letzte wie Dienstälfte aus dem Senat, dem er 23 Jahre lang angehörte. Geboren am 4. März 1856, übte Dr. Vermehren hier die Rechtsanwaltspraxis aus, war Mitglied der Bürgerschaft und wurde am 12. Dezember 1904 in den Senat gewählt. Sein besonderes Tätigkeitsfeld war die Oberschulbehörde, die Justiz, und die Militärkommission des Senats. Dr. Vermehren war zugleich stellvertretender Bürgermeister, Vorsteher der Postbesetzungs-Stiftung und der Schabbel-Stiftung. In früheren Jahren war er lange Zeit Vorsitzender der Theaterbehörde und beschäftigte sich viel mit den Fragen der lübeckischen Kunst. Eine Reihe von Jahren war Dr. Vermehren ständiger Senatskommissar in der Bürgerschaft, wobei er in vornehmer und entschiedener Weise den Standpunkt des Senats zu vertreten und das kommunistische Gesichtsproblem zu ertragen wußte.

Für sein hohes Alter war Dr. Vermehren ein sehr rüstiger Mann, von dem man nicht glaubte, daß ihn der Tod so bald abzuholen würde. Als Mensch war der Verstorbene ein liebenswürdiger Charakter, der zwar politisch ganz anders eingestellt war als wir und der den Ideenkreis, in dem er alt geworden, nicht verleugnete, sich aber doch bemühte, auch den neuen Verhältnissen nach bestem Willen gerecht zu werden. In sozialen Fragen hatte er eine selbständige Meinung und auch Verständnis für die Not der Minderbemittelten. Jedenfalls war Dr. Vermehren ein hochachtbarer, vornehmer Mann, dem auch der politische Gegner die Achtung nicht versagte, die er verdiente.

Ein Dichter der Rhön

3. Dichterabend der Volkshochschule: Leo Weismantel

Zu einer Dichtung, die ein Recht hat, den Leser viel mißbrauchten Namen „Helmatikunst“ zu tragen, führte am letzten Dichterabend der Volkshochschule Herr Hans Apel, indem er aus dem Schaffen des in diesem Jahr 40jährigen Leo Weismantel vortrug. Es sind die rauhen, sich in ihrer eigenartigen düstern Schönheit nicht leicht erschließenden Berge der Rhön, aus denen die Persönlichkeit und das Werk des Dichters hervorgegangen sind. Wie dem Wanderer durch die einsamen Täler und über die kahlen oder wildbewachsenen Höhen des Rhöngebirges der nun längst ausgebrannte Vulkanboden der Landschaft zuweilen doch noch heimlich in seinen Tiefen zu glänzen scheint, so trägt auch die Dichtung Weismantels etwas in sich von einem verborgenen Feuer der innersten Gründe, gerade da, wo er in jarten Formen um letzte Erkenntnis ringt. Der Vortragende bemerkte in seiner knapp und treffend kennzeichnenden Einleitung, daß schon die ersten dichterischen Versuche, kleine Novellen, diese künstlerische Gestaltung erkennen ließen. Der größere äußere Erfolg war bisher nicht seinen in rascher Folge erscheinenden Romanen, Erzählungen und Legenden, sondern seinen Dramen beschieden. Der Dichter hat dann auch seine Arbeitskraft in den Dienst des Gedankens der Bühnengemeinde gestellt und sich in so genannten „Weimarer Kreise“ einen geschätzten Namen verschafft. Im nördlichen Deutschland ist er aber überhaupt noch wenig durchgedrungen, vergeblich sucht man in den vielen neueren Literaturgeschichten nach einer Würdigung seines Werks, eine Tatsache, die freilich auch in der Größe und Härte seiner Prosa begründet liegen dürfte. Ueber seine Entwicklung hat sich Weismantel selbst autobiographisch ausgesprochen. In der Schilderung „Die Säulen meines Lebens“, in dem Buch „Mitteln und Waffener“, die der Vortragende vorlas, zeigt er seinen bisherigen Lebensweg an den verschiedenen Säulen, die ihm bisher Obdach boten, unter denen ihm das Haus der katholischen Kirche das wichtigste ist. Anschließend wurde das Eingangskapitel aus dem Roman „Mari Madlen“ vorgelesen, aus dem man gut erkennen konnte, in welcher Weise die Kunst des Dichters aus der Verbundenheit mit dem heimatischen Boden herausquillt. Es geschieht dies jedoch bei aller dichterischen Schönheit in einer überhöhten, häufigen, barocker Motive und überladener Märchenfabeln, daß man sich der wirklich vorhandenen Feinheiten nicht immer ganz freuen kann. Daß der Aufklärer und Lichtbringer immer seine Mission nicht erfüllen kann, den in der täglichen Arbeitsfront stumpf gewordenen Bauern ein Evangelium der Diesseitigkeit zu bringen, wird nicht unerwähnt, denn wie sollen mit dem nützlichen Mitaufstieg der verwachsenen Menschen einem solchen dämonischen Propheten glauben. Sie müssen ihren Lebenssinn verlieren und völlig auseinander brechen, wenn ein solcher Irrfährer sie dem Ewigstrahligen entziehen will. — Zum Schluß las der Vortragende eine Legende aus den „Blumenlegenden“, die der Dichter von einer anderen besonders anziehenden Seite zeigte, und die nach der dumpfen Stimmung des Romankapitels fast befreiend wirkte. Eine solche Deutung der Entstehung der „Schlüsselblumen“ ist wahrhafte Dichtung. Man kann dem Urteil Walter von Molo's, das zur Einführung mitgeteilt wurde, von Herzen zustimmen, wenn er sagt, daß hier die reinste Verzweigung jeder Kunst wunderbar deutlich wird. Eine neue Definition für die Legende drängt sich auf: sie ist Verführung. Man hätte von diesen Legenden gern noch mehr gehört.

Dr. S.-r.

Lübecker Hypothekbank

Bericht über das erste Geschäftsjahr

Die am 9. März 1927 mit einem alsbald vollgezählten Aktienkapital von 1 000 000 RM. gegründete Bank legt ihren Jahresbericht vor, dem wir entnehmen, daß die Errichtung der Gesellschaft zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des mittleren und kleineren Grundbesitzes im lübeckischen Staatsgebiet dringend geboten war. Denn während für

Die geistige Not der Ungelernten

Ein Problem der heutigen Zeit

Zu allen Zeiten ist ein großer Teil der Jugend des Volkes in Armut und Not aufgewachsen. Aber die Berufsschuljugend von heute, das ist in erster Linie die Arbeiterjugend, hat ein besonders schweres Los gehabt. Durch Kriegsjahre und Hungerjahre zum Teil verflümmert und gefährdet, braucht sie sorgfältige Hilfe und feste Führung. Von der Jugendbewegung, der organisierten Selbsthilfe der Jugend, werden leider erst verhältnismäßig wenig Berufsschüler erfasst. Daher muß heute noch ein großer Teil der hilfsbedürftigen Jugend in die Jugendwohlfahrtspflege übernommen werden. Jugendwohlfahrt ist nun entweder

Jugendfürsorge oder Jugendpflege.

Die Jugendfürsorge nimmt sich der körperlich und geistig schwachen und der sittlich gefährdeten Jugend an. Die Jugendpflege will die gesunde Jugend vor Not bewahren und fördern.

Die Berufsschulpflicht erstreckt sich aber heute auch schon auf den ungelerten Arbeiter. Er ist nun aber in wirtschaftlicher, rechtlicher und berufspädagogischer Beziehung zurückgesetzt. Der Lehrling aus Handwerk und Industrie kennt den demokratisierenden Mühsigang in arbeitsloser Zeit nicht. Er wird von vornherein an rastloses Arbeiten gewöhnt. Die verschiedenste Kreise sorgen für seine berufliche Ausbildung und Erziehung.

Der Ungelernte ist dagegen vollkommen auf sich selbst gestellt.

Er arbeitet oder er arbeitet nicht. Ihm steht frühzeitig ein Urteil darüber zu, ob ihm eine Arbeit gefällt. Sein Arbeiten verfließt sehr leicht an Treue und Selligkeit. Der Gelernte sieht schon als junger Mensch die Möglichkeit des Vorwärtkommens. Dem Ungelernten wird dagegen der Aufstieg sehr schwer gemacht. Darf sich die Berufsschule an der unabwendbar scheinenden Ungerechtigkeit der menschlichen Gesellschaft beteiligen? Hat sie nicht das Recht und die Pflicht auszugleichen und zu bessern?

Die heutige Berufsschule hat den Ungelernten schon von jeher als ihr Sorgenkind betrachtet. Sie kann ihm zwar die eigentliche Lehre nicht ersetzen, aber sie kann, zwar nur auf beschränktem Felde, seine

Lust und Freude an der Arbeit,

seine Einsicht und sein Können zielbewußt fördern. Mit Aufschreien, mit Buchführung und anderen mehr formalen Dingen gelingt ihr das nur schwer, denn der Ungelernte ist zum Stillstehen wenig geneigt, zu exalter geistiger Tätigkeit zumeist nicht genügend begabt und infolgedessen nicht sonderlich interessiert daran. Aber die Erfahrungen in vielen anderen Städten haben gelehrt, daß der

Unterricht in praktischer Werkarbeit

ein recht geeignetes Mittel ist zur Bildung und Erziehung der ungelerten Jugendlichen. Die Werkarbeit ist mehr als das Ziel seiner Neigung, sie ist der Stab, an dem sich die geistigen Interessen emporranken können. Der Tischlerlehrling freut sich, wenn er die erste Fußbank gebaut hat, und die Freude am gelungenen Werk spornt ihn zu weiterem Streben an. Der Ungelernte hat die gleichen Regungen der Seele. Auch er will die Freude am Gelingen erleben. Dem muß nun die Berufsschule unbedingt Rechnung tragen. Der Erfolg einer solchen Tätigkeit ist der: der Ungelernte erlebt in der Berufsschule eine Arbeit, die ihm Freude macht. Erfolgreiche Arbeit erzielt zur Gewissenhaftigkeit und Beständigkeit. Nicht nur der Charakter, sondern auch

Handgeschicklichkeit und nicht zuletzt der Geist werden gebildet.

Dafür ist aber vorher eine Hauptbedingung zu erfüllen: Die Unterrichtszeit muß unbedingt während der Tageszeit liegen. Mit müden abgehegten Menschenkindern sind solche Ziele natürlich niemals zu erreichen. Darum endlich fort mit dem Abendunterricht! Und wir haben doch die unbedingte Pflicht, jeden einzelnen zu einem tüchtigen Mitarbeiter des Lebens und dadurch zu einem nützlichen Glied der menschlichen Gesellschaft erziehen zu helfen. Wir müssen hierfür natürlich ein großes Maß von

Geduld, sozialem Verständnis und Gerechtigkeitsgefühl

aufbringen. Wer das nicht kann, sollte sich niemals an diese Aufgabe heranmachen. Hoffen wir, daß auch hier in Lübeck zur reiflichen Durchführung dieser Gedanken genügend Mittel vom Staate zur Verfügung gestellt werden zum Besten der Gerechtigkeit und damit dem Ungelernten Hilfe in seiner geistigen Not zu Teil wird.

Schu.

Die Wanderratten kommen

Kunst / Unterhaltung / Ernst

Mitwirkende: Hans Richter, Claus Clauberg, Hein Schmäu, Friedel Hall, Theo Maret, Puggimuck, Hans Konrad

Sonnabend, 11. Febr. im Gewerkschaftshaus
Veranstaltet von der

Arbeiter-Wohlfahrt

größere Objekte immerhin die Möglichkeit der hypothekarischen Beleihung durch auswärtige Hypothekengesellschaften bestand, war es für die Besitzer kleinerer und mittlerer Grundstücke, besonders in den letzten Jahren, vielfach unmöglich, langfristigen Hypothekarkredit zu angemessenen Bedingungen zu erhalten. Aus diesem Grunde hat die Gesellschaft es sich zunächst zur hauptsächlichsten Aufgabe gestellt, den leistungsfähigen, berechtigten Kreditansprüchen in erster Linie unter Beschränkung auf das lübeckische Staatsgebiet Rechnung zu tragen, und die Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf das Reichsgebiet späteren Erwägungen vorbehalten.

Die auswärtigen Hypothekengesellschaften, die bisher in Lübeck Beleihungen größerer Grundstücke vorgenommen hatten, sahen sich veranlaßt, das Beleihungsgeschäft am hiesigen Plage vorübergehend ganz einzustellen. Die Folge hiervon war eine in hohem Maße gesteigerte Kreditnot. Um dieser Not zu steuern, wurden zunächst aus eigenen Betriebsmitteln und z. T. aus aufgenommenen Krediten die dringlichsten Beleihungsanträge erledigt. Die Anzahl der Anträge belief sich auf 497 mit einer Darlehenssumme von 8 834 300,— GM. Von diesen Anträgen wurden 387 mit einer Darlehenssumme von 5 322 800,— Goldmark genehmigt. Bis zum Jahresabschlusse durchgeführt wurde die Beleihung von 239 Grundstücken mit einer Darlehenssumme von insgesamt 3 272 500 GM., die in das Gold-Hypothekenregister eingetragen sind. Entsprechend den Verhältnissen am Geldmarkt wurden die Darlehne zu Beginn der Tätigkeit der Bank auf Grundlage von 6 Prozentigen Pfandbriefen ausgegeben. Die allgemeine Zinsverteuerung und das Sinken der Pfandbriefkurse nötigten aber, im Laufe des Jahres zum Sprozentigen Pfandbrieftyp überzugehen. Der Pfandbriefabsatz gestaltete sich in der ersten Zeit recht schwierig, erst im letzten Viertel des Geschäftsjahres trat hierin eine fühlbare Besserung ein. Gefördert wurde der Absatz dadurch, daß der Lübeckische Staat die Bürgschaft für die Einlösung und Verzinsung der Pfandbriefe bis zu einem Höchstbetrage von 20 000 000 Goldmark übernahm. Die Nachfrage war denn auch gegen Schluß des Jahres recht reger, und auch im neuen Jahr hat sich das Verkaufsgeschäft bisher gut entwickelt. Bis zum Jahresabschlusse waren verkauft an Sprozentigen Pfandbriefen Em. I 1 032 700,— Goldmark, an Sprozentigen Pfandbriefen Em. II 349 900,— GM.

Sämtliche Beleihungen sind im Lübeckischen Staatsgebiet erfolgt und betreffen Wohn- und Geschäftsgrundstücke. Die Hypotheken sind ausschließlich Tilgungshypotheken. Mit den Zinsen war am Schluß des Geschäftsjahres nur rückständig ein Darlehensnehmer mit einem Betrage von 65,— GM. Auf Baupläne und unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten sind Hypotheken nicht bewilligt. Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von der Bank

beliehener Grundstücke sind im Berichtsjahr nicht vorgekommen. Dagegen wurde die freiwillige Veräußerung von 5 Grundstücken für einen Gesamtpreis von 97 500,— RM. bekannt, die mit 49 000,— GM. beliehen sind. Letztere Summe entspricht 50,26 v. H. der Gesamtsumme der Kaufpreise.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Reingewinn von 29 721,50 RM. aus. Die Direktion schlägt vor, diesen Reingewinn wie folgt zu verteilen: In die gesetzliche Reserve 20 000 RM., Vortrag auf neue Rechnung 9 721,50 RM.

Der Aufsichtsrat erklärt in einer kurzen Bemerkung sein Einverständnis mit dem Bericht des Vorstandes, mit der Gewinn- und Verlustrechnung sowie den gestellten Anträgen.

Ein Autounfall ereignete sich am Sonnabend mittag gegen 2 Uhr beim Geibelplatz. Dort wollte die Frau des Kaufmanns Stollterfoßt ihren Wagen in die Breite Straße lenken, schlen aber die Kurve nicht recht genommen zu haben. Das Auto fuhr mit den Vorderrädern auf den Bürgersteig und ersetzte eine dort gehende oder diesen eben verlassende Frau, so daß diese zu Fall kam und blutüberströmt in ein Haus getragen wurde. Sie mußte nachher in das Krankenhaus überführt werden.

Arbeit für die Werften. Die Lübecker Feenderwerke A.-G. in Lübeck erhielten von Herrn John T. Cyberger in Hamburg den Auftrag auf den Bau von drei Tankleichtern à 670 To. Die Leichtern sind zum Transport von Benzin, Benzol und Oelen bestimmt und haben folgende Abmessungen: Länge 67,00 Meter, Breite 8,20 Meter, Höhe 2,10 Meter, Tiefgang 1,90.

Eine öffentliche Sitzung des Seemais findet am Dienstag, dem 7. Februar, vorm. 9 Uhr, in Zimmer 40 des Gerichtshauses statt. Es wird verhandelt über die Zerstörung des „Stiefperhuf“. Lichtablass in der Trave durch den Stettiner Dampfer „Lino Kunstmann“ am 14. Januar 1928.

Sonntage in Oesterreich. Es war ein guter Treffer, den die Lichtspielgemeinde, die Amalthea-Wildstelle und die Nordische Gesellschaft am Sonntag morgen in der Stadthalle mit dem Film über das schöne Oesterreich erzielte. Manche kamen, um das in Wirklichkeit Gesehene in der Erinnerung neu aufleben zu lassen, viele, um zu sehen, wie es anderwärts in der Welt aussieht. Und diese Welt, die hier die Kamera in nur freundlichen Sonntagen aufnahm, die sieht ganz anders aus als unsere flache nordische Heimat. Stimmungsvoll-sentimental der Bodensee, lieblich der Boralberg und hundertfach abwechselnd die Szenarien vom Jbhl des Riesengebirges bis zum Quantischen der ewigen Schneeriefen. Dazwischen liebliche Städtchen und Städte, Gebirgsorte, Ströme und Seen, die Millionenstadt Wien, Kärnten und das Burgenland, eine Fülle von Naturschönheiten, die einzeln aufzuzählen und zu beschreiben vergebliches Bemühen wäre. Es warer scheinlicherweckende, glückliche Stunden, die allen eine liebe Erinnerung bleiben werden.

pb. Festgenommen wurde der in Rehna gebürtige 42 Jahre alte Schlichter Adolf R. . . wegen Verbrechen gegen § 173 des RStGB.

pb. Diebstähle. Aus einer Baubude in der Marktstraße wurden Ende Januar zwei Witzhänge, eine Blechschere, eine Flachzange, eine Spitzzange, eine Kneifzange, eine Raspel, ein Meißel, zwei Böllampen, eine Stichtäge, ein Schraubenzieher, ein Hammer, ein Stemmeisen und 100 Meter Isolierrohre und aus einem Hause am Pferdemarkt ein dunkelgrauer Paletot mit schwarzem Samttragen gestohlen. Der Paletot trägt auf silbergrauem Stoff den Namen W. oder Wilhelm Schubert.

Aus Lübecker Gerichtssälen

Baunfall in der Oberrealschule zum Dom. Wegen fehlerhafter Körperverletzung war der Ingenieur Dr. von hier angeklagt, der die technische Oberleitung des Neubaus der Oberrealschule zum Dom für eine hiesige Eisenbetonfirma hatte. Er wird beschuldigt, am 3. September 1927 durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung von 3 Arbeitern herbeigeführt zu haben, weil er nicht für die Betriebssicherheit bei dem Neubau verwendeten Betonverleisters Sorge trug. Zur Herausarbeitung des Betons wurde ein Gießsturm verwendet. Der Arbeiter G. war mit dem Schütten der Betonbede beschäftigt. Durch die Mittagspause wurde die Arbeit unterbrochen. Der Angeklagte hatte vorher angeordnet, daß ein weiteres Herausarbeiten von Betonmischung nicht mehr nötig sei, weil die gegossene Decke fertig war, und hatte sich dann von der Arbeitsstelle entfernt. Nach Beendigung der Pause wurde aber auf Anordnung eines Arbeiters, der hierzu beauftragt war, noch eine Mischung hinaufbefördert, die zu einem andern Zweck dienen sollte. Diese Mischung wurde unten an der Maschine fertig gemacht und durch den Gießsturm nach oben befördert; sie kam aber nicht zum Ausfluß, weil wahrscheinlich der Rest der Mischung vom Vormittag in der Gießrinne fest geworden war und sich daran die neue Mischung setzte. Der Arbeiter G. kletterte nun in der Rinne aufwärts und versuchte, durch Klopfen mit einem Hammer die festgefahrene Mischung zum Weiterfließen zu bringen. Bei diesem Versuch brach die Rinne ab, und G. fiel aus einer Höhe von etwa 6 Meter aus den Fingern des zweiten Obergeschosses. Er fiel auf zwei dort beschäftigte Arbeiter. Durch den Absturz zog G. sich eine Brustquetschung zu, auch wurden die beiden andern Arbeiter erheblich verletzt, so daß sie eine Zeit lang arbeitsunfähig waren. Glücklicherweise sind für die Verletzten nachträgliche Gesundheitsfähigungen nicht eingetreten. Der Angeklagte nimmt in Abrede, irgendwie pflichtwidrig oder fahrlässig gehandelt zu haben, und erklärt, daß dieser Unfall nicht geschehen wäre, wenn seine ständig gegebenen Anordnungen befolgt worden wären. In diesem Falle habe er ausdrücklich angeordnet, daß keine Betonmasse mehr gebraucht werden solle. Immer habe er gesagt, daß als erste Mischung nach einer Pause eine feuchte Masse durchgegeben werden solle, damit durch diese etwaige Risse der alten Mischung fortgenommen würden. Die Rinne sei zum Reinigen immer befestigt worden, sogar von drei Mann, und niemals sei etwas passiert. Auch habe er die Sicherung für genügend erachtet, weil die ganze Anlage so geliefert und auch vor der Inbetriebnahme von der Baupolizeibehörde abgenommen sei. Die Angaben des Angeklagten werden von den verletzten Arbeitern und andern an dem Bau tätigen Personen bestätigt, vor allem auch, daß sie mit der Anlage bereits 3 Monate gearbeitet hätten. Das Gericht kam nach eingehender Beweiserhebung zur Freisprechung des Angeklagten. Der Vorfall führt aus, daß dem Angeklagten wohl ein Mitverschulden an dem Unfall treffe, weil er überhaupt ein Betreten der Gießrinne erlaubt habe. Eine Verurteilung könne aber nicht erfolgen, weil eine Fahrlässigkeit des Angeklagten in diesem Falle nicht festgestellt werden könne.

Die Belegschaft der Firma Kay & Klump, Holzimprägnierwerk Schlutup, befindet sich wegen Lohnunterschieden im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Lübeck.

Die Belegschaft der Firma Thiel & Söhne befindet sich wegen Lohnunterschieden im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Lübeck.

Weber die Firma Wileron & Koch in Dürenburg ist für Maurer und Zimmerer die Sperre verhängt worden. Zugang ist fernzuhalten.

Die Vorstände des Bauarbeiterbundes und des Zentralverbandes der Zimmerer.

Theater und Musik

Stadttheater
Sommernachtstraum, Lustspiel von Shakespeare
Regie: Heilmann

Ah Leute, ist das schön! Wo in der Welt gibt es noch einmal so etwas Heiteres, so etwas Befreiendes, Beseligendes wie ein Shakespearesches Lustspiel. Und gar dieses Märchenstück, das schönste von allen, ein Hauch nur, ein flüchtiges Lächeln — und ist doch alles darin: Waldwehen und Essenputz und Menschenwahn und Menschlichkeit; und so künstlich verflochten das alles zu einem Spinnennetz, daß es unentwirrbar scheint, und löst sich doch so mühelos in reine Freude. Und des Mondes Sonnenstrahlen leuchten darüber — mit dem braven Meister Zettel zu reden.

Oh dieser wadere Meister Zettel! Wat is he doch forn Kriml! Niemals haben wir es schmerzlicher empfunden, daß unser Ensemble in diesem Jahr der echte Komiker fehlt. D. h. wir hätten schon einen — Vogel. Aber der hält sich zu Höherem berufen — als ob es etwas Höheres gäbe, als das Lachen des großen Humoristen! — und so mußte der gute Günther in die Gekochtheit fahren. Ein maderer Mann für Operette und komische Oper; aber Shakespeareschen Humoren in keiner Weise gewachsen.

Aber sonst war's eine schöne, wahrhaft beschwingte Ausführung. Man braucht nicht mit jedem Reizeinfall einverstanden zu sein — der Knalleffekt am Schluß erziehen uns z. B. etwas überflüssig — und muß doch bewundern, zu wie harmonischem Klang sich das Ganze fügte unter Mannstedts Taktstab und Heilmanns Regiezepter. Das wird noch lange in uns nachklingen.

Einzelleistungen verschwanden dagegen; nur zwei Damen müssen wir heute kritischen Weihruch spenden, Trude Horn, dem Pud und der Hermia Helga v. Jankowskij. Ein wunderbarer Purzel-Pud die Trude Horn — und wenn das Publikum sich am Schluß vor Begeisterung nicht zu lassen wußte, dann hatte es ihm dieser Kobold angetan, mit seiner schelmischen Drohrie, seiner unwiderstehlichen Liebenswürdigkeit.

Vielleicht ist sie ein wenig zu liebenswürdig, ein Schuß herbere Waldlust und Nebel gehört vielleicht zum echten Pud. Aber gern haben muß man sie schon so, wie sie ist — und wäre es nur des silbernen Lachens wegen.

Aber reizlos entwaschend ist die Hermia. So eine herausgehende Leichtigkeit, so eine quide, pudige, kuschliche, trahbustige, liebestolle, liebliche, so eine echt shakespeareische Lebendigkeit, das ist so bald nicht über die Bretter gehüpft. Wie dieses Jünglein Siben sticht — jetzt weiß ich doch, was der olle William immer mit seiner Silbenlehre hat. — Alle anderen waren wacker; sie kommen: das nächste Mal dran.

Also, Leute, geht hin! Träumt eine Sommernacht und vergeßt das Wintertraum samt Hindenburghaus, Senatsreform, und was Euch sonst etwa Sorgen macht!

Eine Frage noch: Warum stehen eigentlich auf dem Theaterzettel zu jeder Rolle Schauspieler, die in Wirklichkeit ganz was anderes spielen? — Muß das sein, oder ist's nur eine kleine Schätzerlei mit dem Publikum, um das Wirrsal noch wirrer zu machen?

Tristan und Isolde

Handlung in drei Aufzügen von Rich. Wagner
15 Jahre liegen zwischen der Uraufführung des „Lohengrin“ und der des „Tristan“, und eine Welt trennt die beiden Werke voneinander. Hans von Bülow, der geniale Pianist und Dirigent, der 1858 als Erster das „Tristan“-Manuskript erblickt hatte, meinte: „Zum „Lohengrin“ verhält sich „Tristan“ wie „Fidelio“ zur „Entführung aus dem Serail“, wie das Cis-moll-Quartett

Neues aus aller Welt

Die Festnahme des Posträubers Hein

Hein wurde in einem kleinen Walde in der Nähe von Weingarten bei Bann, wo er sich versteckt hielt, von drei Beamten der Landespolizei umstellt und gefangen genommen. In der Wirtshaus, wohin er gebracht wurde, mußte sich der Räuber völlig entkleiden, und die Durchsuchung förderte 37 Patronen, eine Flinte Sprengstoff, einen Remerrevolver, eine goldene Uhr mit Sprungdeckel und einen Wertbestand von 4,35 Mark. In einem weiteren Streifen Patronen hatte er den zugehörigen Revolver mit sich weggenommen. Der am Morgen herrschende Nebel sollte nach seinen Angaben seinen Fluchtversuch begünstigen. Der Raubmörder war bei seiner Verhaftung körperlich heruntergekommen. Zeichen der Ausmagerung und Erschöpfung waren ihm deutlich anzusehen. Bei seiner ersten Vernehmung durch den zuständigen Gendarmereibeamten gab der Verhaftete zu, der gesuchte Posträuber und Raubmörder Hein zu sein. Sein war nach seiner Angabe ursprünglich entschlossen, zu kämpfen, bis die letzte Patrone erschossen war; Kälte und Hunger haben ihn aber schließlich zu Illen zwingen gemacht, jedoch seine Verhaftung ohne große Schwierigkeiten erfolgen konnte. Um das Signalement des Diebstahrs zu ändern, hatte er seine Wundlade nicht mehr offen getragen, sondern sie unter der Weste verborgen. Auf die Nachricht von seiner Verhaftung sammelten sich zahlreiche Landbewohner vor dem Wirtshaus, in dem Hein zunächst untergebracht worden war, an, um den Verbrecher zu lynchen. Die politischen Maßnahmen zur Ergreifung des flüchtigen Mörbers waren sehr umfangreich, nachts wurde der Wald mit Scheinwerfern abgeleuchtet. Anheuern war der Räuber aber auf einen Baum geklettert, indem er von den zahlreichen Schuposchleichen, die den Wald durchstreiften, nicht bemerkt wurde. Nach einer anderen Darstellung soll der Mörder aus einer Dornhecke in der Nähe des Waldes zuerst von einem Bauer gefasst worden sein, der kurz entschlossen auf Hein zugegangen, ihm eine Pistole auf die Brust zeigte und rief: „Hände hoch, Du bist der Hein!“ Der andere erwiderte darauf, daß er Müller heiße und nichts mit Hein zu tun habe. Der Bauer ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern zwang den Mann mit erhobener Pistole, sich zu ergeben. Gleich darauf kamen dann mehrere Polizeibeamte herbei, die Hein in die nächste Gastwirtschaft in Weingarten brachten. Kurz vor seiner Festnahme war ein junges Mädchen auf einem Fahrrad dem Verbrecher begegnet, der sie nach dem Wege nach Koburg fragte. Als sich Hein wieder entfernt hatte, kam dem Mädchen plötzlich der Gedanke, daß ihr der gesuchte Mörder Hein begegnet war. Mit rasender Geschwindigkeit fuhr das Mädchen dann nach dem nächstgelegenen Ort, wo sie den Bürgermeister verkündigte. Inzwischen war Hein aber schon gefangenommen worden.

Betrügerische Wohnungsvermittler. In den letzten Tagen sind in Berlin die Geschäfte von ungefähr einem Dutzend privater Wohnungsvermittler geschlossen worden. Fast alle Inhaber dieser Institute sind mit Gefängnis oder Bußgeld bestraft. In einem Falle hatte sich dieser Vermittler für einen Gang zum Berliner Zentralwohnungsamt 300 Mark geben lassen. Er begründete diese Forderung damit, daß er den Betrag brauche, um zu dem zuständigen Wohnungsbeamten vorzubringen zu können. In Wirklichkeit steckte der Schwindler die 300 Mark in die eigene Tasche, ohne überhaupt einen Gang zum Wohnungsamt zu machen. Die Unteruchung der Berliner Polizei richtet sich noch gegen eine Anzahl anderer Wohnungsvermittlungsbetriebe, denen ebenfalls unlautere Machenschaften vorgeworfen werden.

Verhaftete Räuber. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei bisher noch gesuchte Mitglieder der gefährlichen vierköpfigen Räuberbande festzunehmen, die in der letzten Zeit in der Umgegend Berlins Raubüberfälle unternommen hatte. Es handelt sich um einen Arbeiter Heinrich Tritjan und einen Mann namens Fritz Dörmann, deren Schlafquartier in einem Hause in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofes ermittelt wurde. Als die Beamten vor der Wohnung erschienen, öffnete ihnen eine Frau, die aber, als sie die Kriminalbeamten erkannte, laut schrie, um die Verbrecher zu warnen; sie verjagte fern, vor der ihr in die Wohnung folgenden Kommissare das Schlafzimmer zu verriegeln. Die Kommissare forderten jedoch die beiden entsetzten Räuber mit vorgehaltener Pistole auf, sich zu ergeben. Der eine stand unbewaffnet mitten im Zimmer, seine Pistole lag auf dem Schrank. Der andere hatte sich mit der Pistole in der Hand unter das Bett verkrochen. Als die Geanderten sahen, daß weiterer Widerstand nutzlos war, ließen sie sich festnehmen.

zum ersten in „Dür“, Op. 18.“ und er schrieb an einen Freund: „Verzeihen Sie die ich reichen Genutz davon!“ So schnell sich der „Lohengrin“ die Bühnen eroberte und Wagners beliebtestes und meistaufgeführtes Werk wurde, so vorsichtig und abwartend stand man lange Zeit dem Tristan gegenüber, weil die Anforderungen an die Ausführenden betraf den Rahmen alles bislang Dagewesenen verließen, daß man weder mit seiner musikalischen Intelligenz noch mit dem unzulänglichen gesangstechnischen Können sich an eine solche Ausnahmestellung heranwagte. Augenblicklich begegnen wir dem Drama häufig, nicht allein auf ersten Bühnen, auf deren Spielplan es zum eisernen Bestande gehört, sondern auch an mittleren Theatern mit guten Orchestern. Immerhin aber hat „Tristan“ von seiner Sonderstellung im weiten Reiche der Bühnenliteratur nichts eingebüßt, es ist ein Werk von jener einsamen Schönheit geblieben, die jede Vermischung mit den Erscheinungen des Alltagslebens zurückweist.

Unser Theater hat im neuen Hause in fast regelmäßigen Zeitabständen, teils unter Zuhilfenahme namhafter Solisten, meistens aber mit eigenen Kräften den „Tristan“ herausgebracht und ihm wohl immer jene Ausnahmestellung einräumen können, die das Werk nicht entbehren kann. Auch in diesem Jahre war das im wesentlichen gelungen. Die Wunder der Partitur, die Wagner als Schöpfer mit berechtigtem Stolz erfüllten wie nie bei einem vorher erschienenen Bühnenwerk, wurden von unserm Orchester unter Mannstedts Leitung fast restlos in Klang umgesetzt. Auf die Bewältigung dieser Aufgabe, die auch in den Leistungen der Soloinstrumente hervorragend war, dürfen Musiker und Dirigent mit der gleichen Befriedigung zurückblicken wie die Hörer, die rückhaltlos Anerkennung gaben. Nicht in dem Maße kann von dem Gesungen der Bühnenmusik gesprochen werden. Die Regie (Herr Eggert) arbeitete im ersten Akt mit einem sehr effektvollen Helltonel. Die fast zwingend anmutende Lösung des zweiten wurde am Schluß leider durch den Darsteller des Melot, der älteste Theater spielte, empfindlich gestört. Szenisch und bildlich ausgezeichnet wirkte der dritte Akt, bei dem allerdings Störungen ebenfalls nicht vermieden werden konnten; für sie ist aber nicht Herr Eggert verantwortlich zu machen, denn ihre Ausschaltung im Augenblick so wenig gelingen konnte, wie den Darstellern selbst. Der Sänger des Tritjan betonte vielleicht das Verhängnis, das über der Nachtgestalt schwebt, von Anfang an zu stark. Jedenfalls ist auch diese Auffassung berechtigt, die zudem unauffällig eine weitgehende Zurückhaltung in der stimmlichen Berausgabung zuläßt, eine Zurückhaltung, die sich jeder Tristanarsteller auferlegen muß, wenn nicht in Rücksicht auf sich selbst, so im Interesse der Hörer, für die der letzte Akt unerträglich wird, wenn der Sänger Frische und Spannkraft vermissen läßt. Und gerade hier erreichte Herr Heimberg Höhepunkte, die an Größe seines Faches gemahnen. Die fähigste Durch-

Eine Verbrechensstatistik

Der preussische Innenminister hat dem Landtag eine Uebersicht über die in Preußen verübten und durch die Polizei aufgeklärten Schwerverbrechen im Jahre 1927 vorgelegt. Daraus ergibt sich, daß in Preußen im Jahre 1927 insgesamt 822 Mord zu verzeichnen waren. Davon waren in 184 Fällen die Täter von vornherein bekannt; bei 113 Fällen handelte es sich um Selbsttötung des Täters, in 87 Fällen wurden die Täter ermittelt und in 51 Fällen sind die Täter unbekannt geblieben. Die größte Zahl der Morde war im Regierungsbezirk Düsseldorf mit 48 zu verzeichnen, es folgt dann Berlin mit 40, Pöppeln mit 2 und Arnberg mit 22 Morden. Im Regierungsbezirk Koblenz und in Siegeningen geschah kein Mord.

Raubüberfälle wurden im Jahre 1927 1988 festgestellt, in 771 Fällen wurden die Täter ermittelt. Auch hier entfällt die größte Zahl der Raubüberfälle auf den Regierungsbezirk Düsseldorf mit 221. Es folgen Berlin mit 260, Arnberg mit 108 und Pöppeln mit 78 Raubüberfällen. In Prozenten bezug die Aufklärungszahl der Polizei bei Morden 85 Proz., Mordverbrechen 97 Proz., Raubüberfällen 61 Proz., Raubverbrechen 55 Proz. Die Gesamtaufklärungszahl der Polizei bei den Schwerverbrechen ergibt, daß bei 100 Schwerverbrechen in 76 Fällen die Täter ermittelt wurden.

Ozeanflieger Chamberlin abgestürzt

Der bekannte Ozeanflieger Chamberlin ist am Sonnabend beim Start mit seinem Flugzeug aus 15 Meter Höhe über dem Flugfeld Richmond (Virginia) abgestürzt. Nach den bisher vorliegenden Berichten sollen Chamberlin und sein Mitpilot Williams unverletzt geblieben sein, während das Flugzeug schwer beschädigt sein soll. Man nimmt an, daß Verletzung der Flugzeuges die Ursache des Absturzes ist. Chamberlin war geplant, um einen dritten Versuch zur Aufstellung eines neuen Weltumfluges zu unternehmen.

Ein Kopenhagener Finanzstandal

Die Kopenhagener Polizei hat in der Nacht zum Sonnabend den Direktor Tage Landrup aus Frederiksberg festgenommen und beschuldigt, ihm anvertraute Wertpapiere entwendet und veräußert zu haben. Der Verhaftete war Präsident des Akademischen Schützengrupps und hatte Privatversicherungen übernommen. Bereits am 8. Januar hatte ihn der Justizminister des Kabinetts Staunung, Steinte, in einem offenen Brief beschuldigt, 800 000 Kronen, die ihm von Freunden anvertraut worden waren, veräußert zu haben. Der jetzige Justizminister hatte aber von einem Einschießen gegen den Betrüger abgesehen. Bis jetzt steht fest, daß 35 persönliche Freunde des Verhafteten aus dessen Schwindeldiebstahl 800 000 Kronen verlor. Jedoch läßt sich der gesamte Schaden, den Landrup Verwandten, Freunden und Vereinen, die er leitete, zugefügt hat, noch nicht übersehen.

Wenn eine Nacttänzerin heiratet

Madame Morangis, die berühmte Tänzerin vom Variete Montmartré in Paris, hatte sich vertraglich verpflichtet, in zwei Rollen, wie darin vorgeschrieben, im Eva-Kosim aufzutreten. Einige Abende tanzte Madame Morangis denn auch gänzlich unbescheiden, und die Direktion erzielte ausverkauft Häuser. Nach einigen Vorstellungen meldete die Dame sich krank, da sie infolge jener mangelhaften Bekleidung eine starke Erkältung zu gezogen hatte. Man erteilte ihr einen Erholungsurlaub. Nach einiger Zeit aber schrieb Madame Morangis, daß sie in Zukunft nicht mehr unbescheiden auftreten würde und die diesbezügliche Bestimmung ihres Vertrages nicht anerkenne. Als Grund gab sie an, daß sie vor einigen Tagen geheiratet und ihr Gatte aus begründeten Gründen ihr nahegelegt habe, sich ohne irgend welche Bekleidungsstücke nicht mehr dem Publikum zu präsentieren. Da sie dem Befehle des Gatten gehorchen müsse, so könne selbst das Gericht sie nicht zur Erfüllung ihrer kontraktlichen Pflichten anhalten. Das Bühnenschiedsgericht, dem diese „nackten Tatsachen“ vom zuständigen Ziviltribunal überwiesen worden waren, brachte einen Vergleich zustande, laut dem die gehörige Gattin dem geschädigten Theaterdirektor 20 000 Franken Entschädigung zahlen mußte, jedoch sich zugleich berechtigt erklärte, in „geziemender Garderobe“ ihre Rollen weiterzuspielen.

Schneesturmkatastrophe. 15 Universitätsstudenten gerieten

unter Führung eines Professors bei einem Ausflug auf den Kaim in einen Wirbel- und Schneesturm. Ein Student verlor dabei das Leben, 5 andere wurden verwundet.

schlagkraft seines Tenors und ekstatische Leidenschaft ließen seinen Tritan zu einem Erlebnis werden. Schärfer hatte es Isolde, die gerade im ersten Akt mit schlagkräftigen Akzenten nicht sparen darf und sich allzu leicht überanstrengt. Frau Welter-Land entging der Gefahr nicht ganz. Freilich entfaltete sie — namentlich auch zu Anfang des zweiten Aktes — eine fast übermächtige Kontrast. So standen bezwingendste schwächere Wirkungen gegenüber, die ihre Leistung ausstrahlte. Herr Eigen als Kurwenal eröffnete im ersten Teil des letzten Aktes Ausblicke in gesanglicher Beziehung, die in erster Linie für ihn selbst sehr erfreulich sein dürften; daß er als Ausländer eine Rolle wie den Kurwenal auf den ersten Stieb bewältigen würde, wird niemand angenommen haben. Wertvoll für die Ausführung waren der Marie Maingbergs und die Brangäne Else Grünwalds.

Freie Rundfunkvorträge

Hörsaal der Volkshochschule, Hundelstraße 1, Hofgebäude 1. Etage
Montag, den 6. Februar
16.00 Uhr: Lektor Mann: Englisch (Kulturkundl.-Literarische Stunden) St.-R. Friebe. — 16.30 Uhr: Geschichte des deutschen Romans (I). Dr. Heide. — 17.15 Uhr: Der Reitermarsch, Mitwirkende: Dr. Rud. Tschierpo (einführende und verbindende Worte), die Kapelle der Ordnungspolizei Hamburg unter Leitung von Obermusikmeister Schierhorn. — 18.00 Uhr: Techn. Behrg. für Facharbeiter und Werkmeister: Werkstoffe im Maschinenbau (D.-St.-Dir. Wolf).
Dienstag, den 7. Februar
16.00 Uhr: Schulfunkliche Fragen (Dialog). Schultat Wolff und G. Ronekly. — 16.30 Uhr: Einführung in die moderne Musik. Max Reger (I). Alois Melichar. — 17.00 Uhr: Vortrag von Herrn Geh. Prof. Dr. Goltzer, Hofrat: Siegfried Wagner zur Uebertragung seines „Bärenhäuter“ aus dem Hamburger Stadttheater am 8. Februar 1928. — 18.00 Uhr: Techn. Zahlen-Tabelle und Buchstabenrechnen. Anf.-Einst.-Kursus für Facharbeiter und Werkmeister. (Dir. Wager.)

Ess' mehr Früchte
und Ihr bleibt gesund!

Norddeutsche Nachrichten

Schleswig-Holstein

Kiel. Die preussische Regierung gegen die Forderung des holsteinischen Adels. Wie die Zeit-Nachrichten erfahren, hat dieser Tage der preussische Innenminister dem Staatsministerium vorgeschlagen, den bisherigen kommissarischen Landrat Regierungssassessor Dr. Wolfgang Schmidt zum Landrat des Landkreises Oldenburg im Regierungsbezirk Schleswig zu ernennen. Wie erinnerlich, hat die Mehrheit des vorlegenden deutschnationalen Kreistages die Wahl des von der Regierung präsentierten Landrats Schmidt abgelehnt, weil er ihr als Sozialdemokrat und als Leiter der Volksligaaktion vom Mai 1926 gegen die Classische Verschwörung nicht genügende Gewähr für ein reibungsloses Zusammenarbeiten, d. h. also für seine Unterwerfung unter die Wünsche des gerade im Kreise Oldenburg ansässigen holsteinischen Adels — Erbgrafenherzog von Oldenburg, General a. D. v. Lohberg, ein Graf Rentelrow u. a. — bot. Die endgültige Bestätigung Schmidts, an der heute kein Zweifel mehr sein kann, dürfte diesen Wünschen wenigstens vorläufig eine Schranke setzen.

Kiel. Silllegung der Deutschen Werke. Die Werkmeister der Deutschen Werke, Werk Kiel, sind Sonnabend morgen in den Streik getreten. Sie haben zu diesem letzten Mittel gegriffen, um endlich nach etwa einjährigen Verhandlungen die Regelung ihrer Gehälter durchzudrücken. Falls die Werkmeister heute ihre Arbeit nicht aufnehmen, soll mittags 12 Uhr der ganze Betrieb geschlossen werden.

Hansestädte

Hamburg. Die russischen Gratulanten. Bürgermeister Dr. Petersen feierte kürzlich den 60. Geburtstag. Die „Volkszeitung“ regte sich mächtig über die Gratulanten auf und belegte die SPD. mit den üblichen Liebeswörterchen. Ihren Lesern unterzählte sie aber, daß der russische Sowjetgesandte der erste Gratulant war. Auf wiederholte Anfrage des „Echo“, weshalb und wozu antwortet nun das Kommunistenblatt:

„... Daß zwischen der Gratulation eines Gefandten, also des Beauftragten eines Staates, und dem einer Zeitung, als der Vertreterin einer Partei, ein himmelweiter Unterschied besteht, darum kümmert man sich in der „Echo“-Redaktion nicht. Daß Genosse Krotzinski nur im Interesse des russischen Arbeiterstaates um die Beziehungen, die dieser durch die Schuld der SPD.-Führer immer noch zu kapitalistischen Staaten haben muß, aufrechtzuerhalten, handelt, braucht man in der SPD. nicht zu berücksichtigen.“

„Ach nein! Aber natürlich werden wir — so sagt das „Echo“ — nun an gebührend berücksichtigen, daß der russische Arbeiterstaat es zu seiner Erhaltung dringend nötig hat, gute Beziehungen zum Hamburger Koalitionslenat und zu dessen Bürgermeister aufrechtzuerhalten. Allerdings hatten wir nicht geglaubt, daß die Sowjetunion auf so schwachen Füßen steht, daß dies der Grund für die Gratulation des Genossen Krotzinski sein könnte. Doch sind wir der Hamburger Volkszeitung für die Klärung dankbar. Wir werden uns ihrer bei Gelegenheit gern wieder erinnern.“

Medienburg

Schwerin. Explosion bei Sprengarbeiten. Am Freitag trug sich im Werderholze bei der Ausschachtung des Schichtandes Nr. 1 ein Unglücksfall zu, bei dem drei Arbeiter zum Teil recht bedenklich verletzt wurden. Es sollte mit einer Taschenlampenbatterie geprüft werden, ob die Sprengung funktioniert. Einer der Arbeiter trat auf die Zündschnur, schlepte sie eine kleine Strecke mit, wobei die Zündkapel aus dem Stutzen herausgerissen wurde. Aus bisher noch nicht völlig geklärt Ursache erfolgte hierauf eine Explosion. Dem Arbeiter wurde dringende Stücke des Sprengstoffes in den Oberschenkel, so daß er fünf Tage länger davon trug. Der Arbeiter wurde im Gesicht schwer verletzt. Dem Bruder Null wurden unter das Kinn tiefe Löcher geschlagen. Bei allen Verletzten sind die Sprengstücke etwa sieben Zentimeter aus Fleisch eingedrungen.

Bismar. Eine Frau beim Großfeuer verbrannt. Das dreistöckige Geschäftshaus der Konfektionsfirma Benz in der Lippchen Straße wurde Sonntag nachmittag durch Feuer zerstört. Das Feuer kam im obersten Stockwerk aus und brannte bis auf das Ladengeschoss herunter. Bewohnt wurde es von zwei Familien, dem Geschäftsinhaber, einem Mieter und der Schwiegermutter Benzins. Die alte Frau war allein zu Hause, alle Einwohner waren gerade ausgegangen. Vorübergehende machten die Polizei auf das Feuer aufmerksam, nachdem bereits zwei Männer den Versuch gemacht hatten, in das Haus einzudringen. Man konnte aber nicht mehr hinaufkommen, weil das Treppenhaus schon voller Rauch war. Die Frau ist, von einem Schlaganfall einge- getroffen, in dem Feuer umgekommen. Die Einwohner haben nichts gerettet, als was sie auf dem Leibe trugen.

Neustrelitz. Die Regierungsbildung stößt auf allerhand Schwierigkeiten. Die deutschnationalen verfassungsmäßigen eine Kundgebung, in der sie sich bereit erklären, die zwei vorhandenen Ministerstellen den Mittelparteien zu überlassen, um den Wünschen ihrer Wähler Rechnung zu tragen, wenn nur diese gesamten Parteien sich zu einer geschlossenen Fraktion zusammenfinden. Doch man will gar nicht alle Parteien. Existiert da nämlich im Medienburger Landtag auch ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, der hochgradig verdächtig ist, dem Einheitsstaat zuzustreben und mit den Sozialdemokraten zu sympathisieren. Also fordert die deutsch-nationale Partei, daß der neue Reichstag mit allen Gruppen mit Ausnahme dieses Volksparteilers, jedoch mit Einschluß des „bewährten“ demokratischen Ministers Hiltbrand, gebildet wird. Der Volksparteiler hat energisch gegen diese Ausbohrung aus dem Bürgerblock Stellung genommen, indem er sich mit dem völkischen Abgeordneten, dem Vertreter der Erbpächter und demjenigen der Aufmerksamkeitspartei zu einer besonderen Fraktion zusammengeschlossen hat. So stehen die Gefolgsmänner eines Hiltbrand und eines Stresemann zusammen in treuer Fraktionsgemeinschaft. Das Ganze aber ergibt den schönsten Ruddleimuddel; denn es ist unübersichtlicher als je, wie nach dieser neuartigen Parteigruppierung eine Rechts- oder eine Mittelregierung zustande kommen soll.

Die Revolte der Landbundsachsen

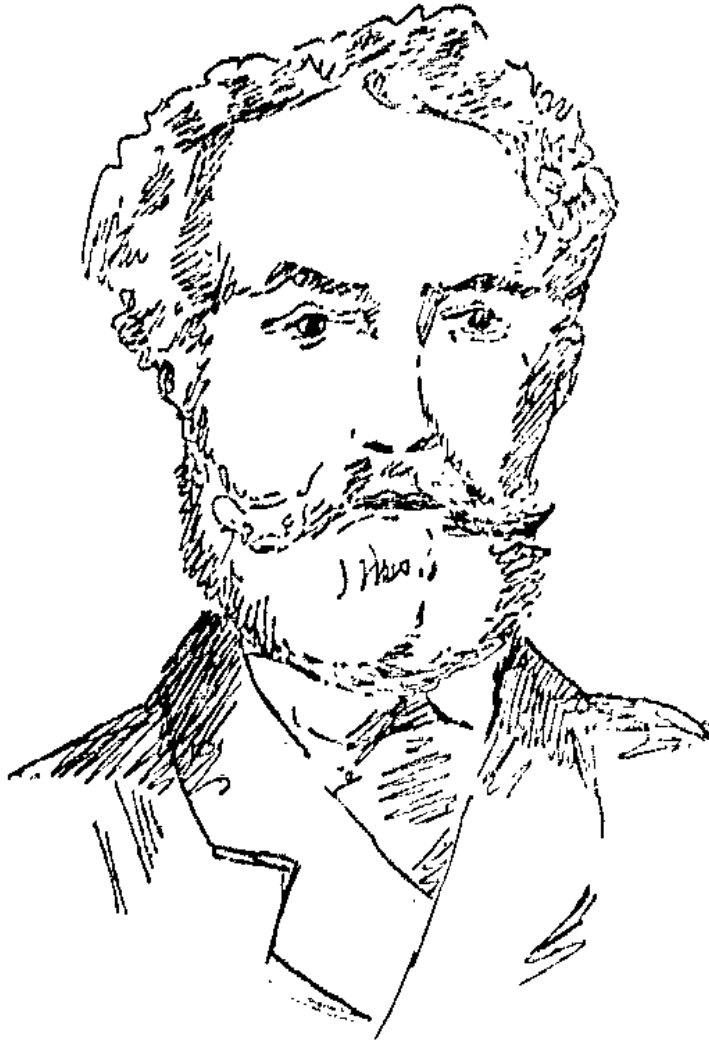
Schwerin, 4. Februar.

Vorüber ist der große Tag des Landbundes in Schwerin. Die Gastwirte und andere Schweriner Geschäftsleute sind mit dem Ergebnis zufrieden. Sie haben den dringenden Wunsch, daß mindestens einmal wöchentlich eine Sitzung der Bevölkerung ihre „Not“ derart heftig „beweist“. Den Schweriner Geschäftsleuten, besonders den Gastwirten, wäre dann geholfen.

Die Herren Agrarier haben sich die Befundung ihrer Not in der Tat etwas kosten lassen. Sie haben ihre Landarbeiter

Jules Verne

Jules Verne bewohnt im literarischen Gedächtnis der älteren Generation ein Kämmerchen für sich, ganz nahe bei Karl May. Wie dieser Schriftsteller mit groben und unechten, doch sehr wirksamen Mitteln dem Drange nach Abenteuer und fähigen Taten, nach Größe der Gestaltung und Weite des Raumes Genüge tat, so übte sein älterer französischer Bruder dem Leser den Zugang zu allen Wundern der Erde und des Weltraums. Er löste die Chemie mathematisch exakt und eindruckend die Misset



des Werdens, der Denk- und Gefühlsvorgänge. Da bohrte man sich mit meißelhaft konstruierten Maschinen zwanzigtausend Meilen tief unter den Meeresgrund ein, sah hier flammend eine neue Welt und erlebte mit Spannung und Herzlopfen Abenteuer über Abenteuer. Unheimlich dahinsrasende Wagen und Schiffe — unheimlich für die Menschen von 1800 oder 1880 — trugen einen in wenigen Wochen rund um den Erdball und gestatteten dem Zuschauer, den absonderlichsten Tatsachen des Na-

nicht nur nach Schwerin zur Demonstration kommandiert, sondern auch den Lohausfall getragen, die Fahrt mit Auto oder Eisenbahn bezahlte und obenrein zum Teil noch Speise bis zu drei Mark pro Mann und Tag bewilligt. Alles wegen der „Not der Landwirtschaft“.

Auf dem Platz vor dem Schlachthof begann das Theater. Der erste Redner erklärte völkisch zu sein und schimpfte auf den Dawesplan und auf das „Lumpenpaar“ und die „Brot“, die den Dawesplan angenommen. Eine schwarze Falschisten-fahne bildete das Symbol, um das sich die Agrarier scharten. Der medienburgische Minister Wendhausen hielt die donnernde Rede. Der Rapp-Buschist begann folgendermaßen: „Wenn hier Sozialdemokraten, Demokraten oder Kommunisten anwesend sind, fordere ich sie auf, sofort den Platz zu verlassen, widrigenfalls ich von meinem Hausrecht Gebrauch mache und sie mit Gewalt entfernen lasse.“ Ein Beifallsgebrüll beantwortete diese Aufforderung. Sofort begann das Schreien nach den Sozialdemokraten usw. Da die aber bekanntlich nicht so ohne weiteres an der Nase zu erkennen sind, selbst wenn einige anwesend waren, so hatte die „Spionensuche“ nicht recht Erfolg. Sie fanden aber noch einen jungen Mann mit dem Reichsbanner-Abzeichen an der Hüfte. Sofort liefen sie über ihn her und unter Schlägen und Knüffen entfernten sie ihn vom Platz.

Die ganze Rede Wendhausens war eine einzige Hehe gegen den Staat. Die Junker können und wollen es nicht begreifen, daß sie von diesem Staat ihrer Vorrechte enteignet sind. Unter dem Vorwande wirtschaftlicher Ziele versuchen sie die ländliche Bevölkerung gegen den Staat und seine Organe aufzuheben. Die ganze Demonstration, die doch angeblich die wirtschaftliche Not der Landwirtschaft nachweisen sollte, war eine einzige politische Demonstration. Natürlich mußte Wendhausen auch ein wenig von der Not der Landwirtschaft sprechen. Er machte es sich einfach. Mit Stentorstimme erklärte er: „Die Ursache aller Not ist die heutige parlamentarische Staatsform.“

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. Beseitigung aller Landessteuern gefordert wird. Falls die Forderungen nicht bald bewilligt würden, würden sie einen Volksentscheid zur Beseitigung dieses Landtages herbeiführen.

Zum Schluß stimmte man den Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ an. Unsere Agrarier sind wohl recht trinkfeste Mannen, aber mit ihrer Festigkeit in der Kenntnis von Bibel und Gesangbuch ist es nicht weit her, und so kamen sie beim Singen in arge Verlegenheit. Am schlimmsten erging es Wendhausen selbst. Er blieb einfach stehen beim Gesang. Als er sich hilflos umwandte, erbarmte man sich seiner „Not“ und reichte ihm rasch ein Gesangbuch.

Einen Rest der Demonstranten konnte man abends in den Straßen von Schwerin herumdröckeln, wo sie etwas unsicheren Schrittes am Arm von gefälligen „Damen“ dahinzogen. Sicher wollten sie den „Damen“ nur die Not der Landwirtschaft auseinandersetzen.

Nachpostbetrieb

Aus der Revolverjournalistik des Lauerhofsänglings Hermann Abel.

In Lübeck kam vor Jahren ein sensationell aufgemachtes Wurstblatt heraus: Die Nachpost. Ihr Verleger war ein Hamburger, Hermann Abel, der sein Blättchen für Lübeck, Bremen, Braunschweig mit abgeändertem Titel und zurechtgestrichen Lokalstapeldarstellungen herausgab. Er brachte manches Leid unter die Menschen. Gehörte aber zum Bürgertum, war Großmacht im Hausbesitzerverein und M. d. B. Abel gab sich als Bekämpfer der Prostitution aus, als ein Ehrenmann, dessen heiligste Aufgabe sei, das Volk aus dem Sumpf zu führen. Trotz seines edlen Strebens stand er fortwährend mit den Gerichten im Konflikt, wurde in Hamburg sowohl wie in Lübeck wegen verleumderischer Beleidigung verurteilt und verbüßt gegenwärtig im Lauerhof 10 Monate Gefängnis.

Ist es nun schon ein starkes Stück, daß der brummende Hermann Abel, dessen dunkle Existenz, die ihr Geld mit Schweineerzen verdiente, sich zur Bürgerschaft aufstellt und daß sich Leute finden, die für ihn eintreten, so wird die Unhaltbarkeit, ja geradezu die Gemeinheit dieser Kandidatur noch nachdrücklicher dargetan

tur- und Völkerebens Auge in Auge gegenüberzutreten. Die Schreden des Äquators und des Polarkreis liegen der planvollen Wissenschaft. Der leuchtende Luftballon machte die unendlichen Weiten des Weltalls zum wohlüberlegbaren Arbeitssfeld des tüchtigen Forschers. Durchlöcher Entdeckungsbrennen warf sich die Krater und Schluchten des Mondes, und selbst der Gluthauch der Sonne hat dem alles unterwerfenden Menschenverstande keine unüberwindlichen Schranken.

„Anf. Wochen im Felde“. „Die Kinder des Kapitän Grant“. „Die Erde um die Erde in achtzig Tagen“. „Die Fahrt nach dem Mond“. „Doctor Ox“ und die nun in demselben Romane, die Verne zwischen 1863 und 1905, seinem Lebensjahre, durch Phantasie und Verstand an, die Leistungen der Physik, Chemie und Mathematik zu übermenschlichen Ausmaßen hinaufzuführen. Der Romancier dichtete mit seinen Mitteln den Raum vom unermesslichen Fortschritt der Technik weiter, den der raffinierte Kapitalismus eben damals praktisch ins Wert zu setzen begann. Von einer vertieften Weltanschauung, von sozialer oder philosophischem Verständnis kann bei Verne'schen Erzählungen keine Rede sein, da es das mechanischere Welchen jener Epoche mechanisch wiedergibt. Der platte naturwissenschaftliche Materialismus der Grundtendenz findet in der Formlosigkeit des Stils und der Sprache, in den schablonenhaften Charakteren und der Ziellosigkeit des Wollens, seine genaue Widerspiegelung. So weit auch die Auswahl der Stoffe abweicht, so vielfältig die Kenntnisse und Denkmethoden ausgebreitet sind, so eng ist eigentlich diese stets nur errechnete, stets nur konstruierte Welt ohne jeglichen und sozialen Hintergrund mit allen jenen gigantischen Zahlen und Mäßen reichte Jules Verne den viel beachteten Gestalten technischer Wunder Max Maria von Weber und Max Cylch nicht das Wasser. Denn diese Verfechter sehen die bewegenden Kräfte, Natur und Mensch, Gesellschaft und Persönlichkeit hinter den Erscheinungen. Verne aber ist von der Gratzheit des Apparates so gebendet, daß er in seinen ästhetischer Ueberheigerung das Ur- und Auf seines Erzählens erblüht.

Noch weniger darf man ihn den Utopisten vom Rang zuzählen. Was diese von Plato und Thomas Morus bis auf H. G. Wells auszeichnet, ist die Fähigkeit, eine eigene, von innen her bewegte und neuer Gesetzen untertane Welt aufzubauen. Der Utopist ist Reformator und Revolutionär von Geburt. Wenn Wells' wissenschaftlich gebildete Erfindungsgeist von einer Zeitmaschine, von Göttern und Kometen, Fernrohr- und Mikroskop-Entdeckungen fabelt, so schieben ihm diese wissenschaftlichen Spekulationen zum Nabe einer besseren und höheren, planvoll anzustrebenden oder wenigstens zu meldenden Zukunft zusammen. Verne will nichts, ringt um nichts und bekämpft nichts. Sein einziger Ehrgeiz ist, seine mathematisch-physikalische Phantasie zur willigen Virtuosität zu vervollkommen, damit so in seinen Romanen die bewundernswürdigen Errungenschaften der Zeit ins Skizzenhafte waschen. Dem Streben der Menschheit nach Art echter Utopisten zielweisend Renard zu erobern, will ihm nicht bel. Seine Phantasie ist so wie die Jahre saften Reiche und massiven Genusses, die sie gebären: dürrig trotz der schwebenden Unbegrenztheit, trocken und unschöpferlich.

Dr. Alfred Kleinberg.

durch Enthüllungen eines früheren Redakteurs der Hamburger Nachpost.

Die Hamburger Nachpost hatte vor einigen Monaten einen widerlichen und schmutzigen Verleumdungsfeldzug gegen die Zeitschrift „Junge Menschen“ und ihren Herausgeber Walter Hammer, einen in der Jugendbewegung sehr geschätzten Mann, unternommen. Nachdem der damalige Redakteur Erich Genthe von Hermann Abel den Abschlag genommen hatte, hat dieser nun an Hermann Walter einen Brief geschrieben, in dem er einiges über den Nachpostbetrieb aussagt. Wir wollen die wichtigsten Teile dieses Briefes der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Sie lauten:

„Anfang dieses Jahres (1927) wurde ich durch den Umstand stellungslos, daß meine Firma nach Berlin verzog und in Anpassung an eine arbeitsamtliche Verfügung ihr gesamtes Personal entlassen mußte. Ich lag effektiv auf der Straße, völlig mittellos und ohne Freunde. Endlich gelang es mir, gegen ein Zeilenhonorar von 5 M. bei der Nachpost Brot zu finden, später gegen ganze 23 M. Wochenhonorar, das später auf 50 M. erhöht wurde, als Abel ins Gefängnis mußte. Wie ein Ertrinkender sich an einen Strohhalm klammert, so hielt ich fest an meinem Brotverwerb, vergeblich all die langen Monate nach „Stellung“ suchend. Meine Nachposttätigkeit brachte den unbedingten Verkehr in Hamburg-Altona verschiedenster Kaffeehöhlen und Spielkassen mit sich (Stinkenbude, Speisezentrale, Concordia usw.).“

„Ich habe vor der Staatsanwaltschaft und dem Leiter der Oberprüfstelle zu Leipzig eideschworen erklärt, daß ein großer Teil Nachpostartikeln einfach aus der Luft gegriffen und erfunden war, daß ein anderer Teil aufgekauft und übertrieben, entstellt und sensationell „ausgeschlachtet“ worden war. Ich schloß mich den nächsten Ausführungen der Herren Direktor Herz und Direktor Hellmann vom Jugendamt an, die da meinten, die Nachpost schmelze dauernd in dem derben Wortschwall der Dürnen- und Zuhälterwelt und sei dazu angetan, die jüdische Luft eines sensationellsten Publikums zu schüren. War wirklich einmal ein Sittensverbrechen geschehen, so wurde dasselbe zu einer Sensation breitgetreten und in gewagter Sprache angeprangert. Herr Abel sagte tausendmal zu mir: „Greifen Sie die Leute an! Greifen Sie sie an! Die Nummer muß sensationell werden, sonst läuft sie leer.“ Je wichtiger die Schlagzeile, um so höher der Umsatz! Abel sagte ferner: „Wenn Sie einmal nicht wissen, was Sie schreiben sollen, erfinden Sie in Ihrer Phantasie irgendeine imaginäre Persönlichkeit, fagen wir einmal eine Gräfin von B. oder eine Baronin von S., setzen dieselbe in irgendein angelegenes Lokal am Hauptbahnhof, schildern sie als Dirne, schreiben, sie hätte eine geräumige Achtzimmerwohnung, die sie zu Unzuchtzwecken benutze, und daß es eine Schande sei, daß die Behörden ihr nicht längst wenigstens die Wohnung genommen.“

So entstanden aus meiner Phantasie und Feder: „Gräfin von B. als Dirne in der Klosterburg“, „Rohschloßriedel vom Schießbudenplatz“ usw. usw., während Abel selbst folgendes erand: „Du, die Klassefrau aus der Telemannstraße“, „Weißensola vom Schulerblatt“, „Baronin S. als Dirne in der Klosterburg“ und vieles andere mehr. Dagegen verbot mir Abel, die verwerflichsten Lokale anzuprangern, in denen er Stammgast war. Ich nenne nur das Picardilly und den Hippodrom, beide Große Freiheit.“

Als sein früherer Redakteur, H. v. S., auf Abels Befehl hin nicht das Ballhaus A. . . angreifen wollte, entließ er ihn auf Anall und Fall und sperrte ihm den Bodenlohn. Von mir verlangte Abel letzte Woche einen „zadigen“ oder „deftigen“ Artikel über das Voccaccio, was ich ablehnte; die Folge davon war, daß mir meine Frau statt 50 RM. nur 30 RM. auszahlte, und diese auch nur auf meinen energischen Protest.

Als ich im August und Oktober — quasi mit der Pistole auf der Brust — Ihre Zeitschrift „Junge Menschen“ kritisierte (oder, wie er es nannte: durch den Kafas ziehen) mußte, geschah dies gegen meine Ueberzeugung. Ich muß mir heute einfach eine gewissenhaftigkeit vorwerfen, daß ich mich damals um des schönen Mammons willen dazu hinreigen ließ, derartige skandalöse, wenn auch leere Phrasen, unter einem (zweifelhaften) Pseudonym von 18000 Mann zu schleudern. . . Als unwarh muß ich unsere Angaben bezeichnen, die Nachpost hätte der Staatsanwaltschaft im Auftrage eines zahlreichen Publikums Kenntnis von dem Inhalt des „Jungens“ gegeben. Als ebenso unwarh muß ich den Passus meines damaligen Artikels hinstellen, eine Dame aus dem Dammortiertel sei auf der Redaktion der Nachpost erkrankten

